



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Vormerken!
18. Mai
2017

Marshallplan mit Afrika

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller zu Gast im Münchner Presseclub

Mit großem persönlichen Einsatz wirbt Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller derzeit für einen „Marshallplan mit Afrika“. Er ist überzeugt, dass der beste Schutz vor künftigen Flüchtlingsströmen ein Wirtschaftsboom in Afrika ist. Deshalb müsse man „Reformchampions“ auf dem schwarzen Kontinent durch noch größere Unterstützung belohnen, erläuterte der Minister im Münchner Presseclub. Die Kommunen sind bei dieser wichtigen Aufgabe als Partner gefragt. Müllers Ministerium bietet hierbei vielfältige Hilfestellung.

Tatsache ist: Die Hungerkatastrophe in Ostafrika spitzt sich dramatisch zu. Hunderttausende sind dort kurz vor dem Verhungern. Sofortiges Handeln der Weltgemeinschaft tut not. „Wir brauchen ein neues Weltkrisensystem, das es uns ermöglicht, schneller, effizienter und klarer zu reagieren.“

Kommunen können helfen

Bei der Umsetzung des Marshallplans mit Afrika zähle ich auch ganz stark auf die Kommunen“, machte Müller deutlich.

Aus seiner Sicht gibt es nicht eine Lösung, einen Weg und einen Plan, um auf die Herausforderungen des afrikanischen Kontinents zu reagieren. Selbstverständlich, so der Minister, seien diese Herausforderungen nur bedingt vergleichbar mit der Situation Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Die notwendigen Kraftanstrengungen seien es dagegen schon.

Gleichzeitig stehe der Marshallplan für den Willen und Optimismus zu einem erfolgreichen Weg des Friedens und der Entwicklung in der Zusammenarbeit



Bundesminister Dr. Gerd Müller gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Münchner Presseclubs Peter Schmalz (v.l.).

zwischen Europa und Afrika. „Er muss ein integriertes Gesamtkonzept der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit den Staaten der Afrikanischen Union sein“, so Müller. Schwerpunkte seien fairer Handel, mehr private Investitionen, mehr wirtschaftliche Entwicklung von unten, mehr unternehmerische Entfaltung und vor allem mehr Jobs und Beschäftigung.

Reformpartnerschaften

Die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten müsse gestärkt, die Zeit der „Entwicklungshilfe“ und die Zeit von „Geber und Nehmer“ abgelöst werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stünden hierfür als gleichberechtigter Partner zur Verfügung. Müller zufolge bedarf es einer neuen Vereinbarung für eine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kooperation. Anknüpfungspunkt hierfür ist die Agenda 2063 der Afrikanischen Union. „Weg vom Gießkannenprinzip, hin zu Reformpartnerschaften“ laute die Devise, „denn“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Servicestelle für Kommunen

Vernetzung heißt das Zauberwort von Bundesminister Dr. Gerd Müller. Deshalb wurde im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - www.bmz.de - die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ eingerichtet. Sie ist die erste Adresse für alle Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland, die sich für eine global gerechtere Welt engagieren wollen. Informationen im Internet: skew.engagement-global.de.

Ministerin Aigner zieht positive Bilanz für 2016:

Bayerns Wirtschaft ist sehr robust und dynamisch

Aber beim Wachstum nur noch bei langfristiger Betrachtung Spitzenreiter Für völlige Abschaffung der Erbschaftsteuer

Mit der Feststellung „Wir leben in Bayern auf einer Insel inmitten einer rauen See“ gab Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner quasi das gewünschte Motto für die Jahrespressekonferenz ihres Hauses vor, in der sie sehr gute Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaats für das Berichtsjahr 2016 präsentierte. Ein markantes Anliegen der Ministerin, die sich gegen jeden Rückbau der Agenda 2010 wendet, ist die völlige Abschaffung der Erbschaftsteuer für Familienbetriebe, zumindest in Bayern.

Das Land sei wirtschaftlich gut aufgestellt, alle Regionen profitierten vom Wachstum. Beschäftigung und Wohlstand nähmen zu. Der wirtschaftliche Erfolg wirke sich auf die gesamte Gesellschaft positiv aus. Dennoch sei es derzeit besonders ein vogue, Krisen heraufzubeschwören und soziale Not herbeizureden, stellte die Ministerin fest. Sie verhehle

Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum 5. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim 5. Bayerischen Wasserkraft-Forum am 18. Mai 2017 im Rittersaal des Straubinger Herzogschlosses. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden unter anderem Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für kommunale Besucher und Behördenvertreter ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse.

Informationen: www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Seminarreihe der Bayerischen GemeindeZeitung:

Kommunikation in Kommunen

Nicht gegen, sondern mit der Bevölkerung wollen kommunale Entscheider ihre Infrastrukturprojekte verwirklichen. Hierbei bietet die Bayerische GemeindeZeitung Hilfestellung.

Im Dialog sollen Akzeptanz und Verständnis entstehen, gerade auch dort, wo es schwierig wird, tragfähige und nachhaltige Entscheidungen gemeinsam zu realisieren.

Hierfür bietet die Bayerische GemeindeZeitung gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag und den Öffentlichkeitsarbeits-Profis der Engel & Zimmermann AG sowie TV Bayern live Veranstaltungen an.

Referieren werden u. a. für die kommunale Seite der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Dr. Johann Keller, Landrat Wolfgang Berthaler, stv. Landrat Fritz Wittmann, die Bürgermeister Ottmar Wimmer und Hermann Duschl, Dr. Andreas Bachmeier erläutert Strategien professioneller Öffentlichkeitsarbeit gerade auch „wenns schwierig wird“ und Uwe Brückner erklärt Auftritte in Funk, Fernsehen und neuen Medien. GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel führt in das Thema ein. Weitere Informationen unter www.gemeindezeitung.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

VKU-Verbandstagung 2017 in Berlin:

Kommunalwirtschaft der Zukunft

Die gesellschaftlichen Megatrends Digitalisierung, demografischer Wandel und Klimaschutz standen auf der Agenda der diesjährigen VKU-Verbandstagung in Berlin. Die Veranstaltung mit über 1.000 Gästen, darunter zahlreiche Geschäftsführer und Führungskräfte aus Stadtwerken und der Abfallwirtschaft sowie Wasserversorger und Abwasserentsorger, stand unter dem Motto „Kommunalwirtschaft der Zukunft – Aufbruch in die neue Daseinsvorsorge“.

„Ob Digitalisierung, demografischer Wandel, Energieversorgung, Infrastrukturerhalt und -finanzierung oder Stadtsauberkeit: Auf viele wichtige Fragen erwartet die Gesellschaft Antworten. Antworten, die kommunale Unternehmen heute schon sehr konkret und jeden Tag geben“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche in ihrer Begrüßung. Digitalisierung und Energie-

bereit, in diesem Bereich enger mit den Kommunen zusammenzuarbeiten.

DiGiNetz-Gesetz

Wie Merkel weiter ausführte, habe die Bundesregierung mit dem DiGiNetz-Gesetz sowie 4 Milliarden Euro an Fördergeldern bis 2019 für den Breitbandausbau wichtige Weichen gestellt, um den Ausbau auch in ländlichen Gebieten zu ermöglichen. Der digitale Wandel mit neuen, intelligenten Technologien erleichtere schon jetzt die Steuerung von Stromnetzen. Kunden hätten in intelligenten Stromnetzen auch mehr Möglichkeiten, ihren Strom- (Fortsetzung auf Seite 4)

sozialer Ungerechtigkeit, in Deutschland seien Armut und Elend weit verbreitet, der sagt nicht die Wahrheit“, so die Ministerin. Man dürfe Erfolge nicht kaputt reden, sondern müsse sich vergegenwärtigen, wie es den Menschen in anderen Teilen der Welt geht.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaats präsentierte die Ministerin Fakten. Das Brutto- (Fortsetzung auf Seite 4)



Neues von Sabina
Baustellen aller Art sprießen im Frühjahr wieder aus dem Boden wie die Osterlocken. Da sie aber nicht selten Ärger bereiten, mache eine neue Initiative Sinn - das Baustellen-Informationssystem, kurz BIS. Im Städtchen unseres Bürgermeisters wird dieses nun der Öffentlichkeit präsentiert. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

LEP-Fortschreibung: Lob und Tadel	Seite 2
Ministerrat fordert Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Was erwarten wir uns von einer Europäischen Union?	3
Deutscher Pflergetag 2017: Die Pflege hat die Wahl	3
10. Bayerischer Archivtag: Archive in der Öffentlichkeit	3
GZ-Fachthemen: EDV · IT · Digitalisierung · Breitband	5 - 7
Abfall · Recycling	8
Kommunalfahrzeuge · Galabau	9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

LEP-Fortschreibung:

Lob und Tadel

Der Ministerrat hat die beiden Teilfortschreibungen des Landesentwicklungsprogramms beschlossen. „Damit geben wir den Kommunen mehr Freiheit und verbessern den Naturschutz“, erklärte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder. Nur mäßig begeistert zeigten sich dagegen Bayerns Gemeinden und Städte. Sie monierten überholte Inhalte und verpasste Chancen, während die Landkreise im Freistaat „die von verschiedenen Seiten geäußerten Sorgen um eine mögliche Zersiedlung der Landschaft“ nicht teilen. Die Handlungsfähigkeit und Planungshoheit der Kommunen werde im Gegenteil nachhaltig gestärkt.

Söder zufolge verleihen die Erweiterung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf, die Neugestaltung des Zentrale-Orte-Systems und Lockerungen am Anbindegebot der wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes neuen Schub und entlasten Ballungsräume: Der Mindestabstand von Höchstspannungsleitungen schütze das Wohnumfeld und die Änderung des Alpenplanes ermögliche touristische Entwicklung im Allgäu.

Wie der Minister deutlich machte, „wollen wir kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten. Dem steuert die Bayerische Staatsregierung mit der Heimatstrategie entgegen. Wir schaffen Freiräume, um dem ländlichen Raum mehr Entwicklungschancen zu geben. Gerade die Ansiedlung von Arbeitsplätzen auf dem Land ist der Schlüssel zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in ganz Bayern.“

Entscheidungsträger vor Ort unterstützen

Daher gelte es, „Entscheidungsträger vor Ort zu unterstützen, denn sie wissen am besten, was für ihre Heimat gut ist. Entscheidungen über Planungen fallen künftig stärker vor Ort. Der ländliche Raum gehört nicht unter eine Käseglocke, sondern ist Lebens- und Zukunftsraum“, hob Söder hervor.

Der Minister betonte auch die Vorteile der LEP-Fortschreibung für die Ballungsräume: „Die Fortentwicklung schafft Beschleunigung im ländlichen Raum und entlastet und entzerrt die Ballungsräume. Wir bringen Wohnen und Arbeiten näher zusammen.“ Konkret verwies Söder auf die Reduktion von Umweltbelastungen durch weniger Verkehr in den Städten infolge eines sinkenden Pendleraufkommens, den reduzierten Ausbaubedarf bei der In-

frastruktur und die Entlastung der Wohnungsmärkte in den Ballungsräumen.

„Wir hatten uns eine grundsätzliche Überarbeitung des LEPs erhofft, andere schränken die kommunale Planungshoheit unangemessen ein“, bewertete Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl den beschlossenen Entwurf der LEP-Teilfortschreibung. Seiner Auffassung nach ist das Zentrale-Orte-System vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nicht mehr zeitgemäß. Es sollte grundsätzlich überdacht werden.

Auch dürfe die Einführung der Metropole als neue Kategorie im Landesentwicklungsprogramm nicht dazu führen, dass spezielle finanzielle Zuweisungen an die Metropolen erfolgen. Keinesfalls dürfe es zu Lasten der übrigen Räume gehen. Dem Staatsziel der Gewährleistung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen sei oberste Priorität zuzumessen.

Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf

Die Zuordnung strukturschwacher Gemeinden in Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf ist aus Brandls Sicht grundsätzlich sinnvoll. Allerdings sei bemerkenswert, dass nunmehr fast die Hälfte der bayerischen Gemeinden wirtschaftsstrukturelle oder sozialökonomische Nachteile aufweisen sollen. „Ob damit dem Ziel, wirklich finanziell benachteiligte Gemeinden zu fördern, noch erreicht werden kann, ist zweifelhaft. Dies zeigt sich auch bei der Aufnahme ganzer Landkreise in solche Teilräume. Die Abgrenzung nach Landkreisen ist viel zu undifferenziert. Eine Unterscheidung zwischen strukturschwachen und nicht strukturschwachen Gemeinden innerhalb

eines Landkreises ist damit nicht möglich“, urteilte der Gemeindegatschef.

Offene Wünsche der Spitzenverbände

Das sogenannte Anbindegebot sei und bleibe ein Kernstück jeder vernünftigen Bauleitplanung einer Kommune. Laut Brandl werden die Gemeinden und Städte auch in Zukunft verantwortungsvoll und flächenschonend Baugebiete ausweisen. Sie brauchen dazu keine staatlichen Vorgaben, die massiv in die Entscheidungshoheit der Gemeinden eingreifen. Jede Erleichterung in der Bauleitplanung ist zu begrüßen, ein umfangreicher Katalog von Ausnahmen aber nicht der richtige Weg. Die Entscheidung über einen Standort muss vielmehr in der Verantwortung der Gemeinde bleiben und im Rahmen der Abwägung aller berührten privater und öffentlicher Belange getroffen werden.“

Problematisches Zentrale-Orte-System

Der Bayerische Städtetag wiederum erachtet es als bedauerlich, „dass die Staatsregierung sich nicht ernsthaft mit einer Neujustierung der Einstufungskriterien zur Stärkung und Konsolidierung des Zentrale-Orte-Systems auseinandergesetzt hat“.

Bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms im Jahr 2013 wurde das Zentrale-Orte-System von sechs auf drei Stufen reduziert. Vielen vormals nicht Zentralen Orten sei in der Folge eine Zentralität zugeschrieben worden, ohne dass eine Prüfung der Steuerungsfähigkeit des Systems erfolgte. Damit stieg die Zahl Zentraler Orte auf über 920 Städte und Gemeinden.

Wie Maly erläuterte, habe die mit der letzten Teilreform erfolgte Zusammenlegung von Zentralitätsstufen zu einer Inflation Zentraler Orte geführt. „Wenn von

2056 bayerischen Gemeinden jede Zweite das Etikett ‚Zentraler Ort‘ trägt, wird offenkundig, dass die ursprünglich damit verknüpfte Steuerungsfunktion ins Leere geht.“ Damit würden aber diejenigen Zentrale Orte geschwächt, denen tatsächlich eine zentralörtliche Funktion zukommt, wie insbesondere das Vorhalten wichtiger Einrichtungen und die Versorgung des Umlands mit einer Vielzahl von Leistungen. Die Schwächung von Zentralen Orten bedeute aber auch die Schwächung ihres Umlandes, so dass der Raum und seine Kommunen insgesamt geschwächt werden.

Pro und Contra Anbindegebot

Auch die Erweiterung des Ausnahmekatalogs des Anbindegebots stößt auf deutliche Kritik des Städtetags. Laut Anbindegebot im LEP sind neue Siedlungsflächen möglichst in Anbindung an Siedlungseinheiten (Wohngebiete, Gewerbegebiete) auszuweisen. Maly: „Die Erweiterung der Ausnahmen vom Anbindegebot auf jegliche Gewerbenutzungen an Autobahnausfahrten entspricht allenfalls Einzelinteressen von wenigen Kommunen, die zufällig an Autobahnen liegen. Jedoch wird der zentrale Ort, der weiter weg von der Autobahnausfahrt gelegen ist, geschwächt. Dies kann eine weitaus größere Zahl umliegender Städte und Gemeinden beeinträchtigen, wenn der Zentrale Ort seine Versorgungs- und Vorhaltefunktion nicht mehr erfüllen kann. Dadurch wird interkommunale Konkurrenz geschärft.“

Zudem sei zu befürchten, dass sich Einzelhandelsnutzungen in diesen Gewerbegebieten nicht rechtssicher ausschließen lassen und in Konkurrenz zum Handel in den Ortskernen treten. „Einzelhandel auf der grünen Wiese gefährdet die Vitalität der Ortszentren. Diese Konkurrenz gefährdet Läden, Bäcker, Metzger oder

Ministerrat billigt neues Feuerwehrgesetz

Innenminister Joachim Herrmann: „Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Inklusion“

Der Ministerrat hat nach Abschluss der Verbandsanhörung den Entwurf von Innenminister Joachim Herrmann für ein neues Feuerwehrgesetz beschlossen. Ziel ist es, das Feuerwehrecht an geänderte gesellschaftliche und demografische Rahmenbedingungen anzupassen und die Freiwilligen Feuerwehren zukunftsfähig zu machen.

Im Kern geht es Herrmann darum, das hohe ehrenamtliche Engagement der bayerischen Feuerwehren auch für die Zukunft zu sichern. Daher sollen die Gemeinden die Möglichkeit bekommen, Kinder mit Kinderfeuerwehren schon frühzeitig und altersgerecht für den Feuerwehrdienst zu begeistern. „Kinder und Jugendliche sind unsere Retter von morgen“, erklärte der Innenminister.

Außerdem soll der aktive Feuerwehrdienst auch nicht mehr wie bisher zwingend mit dem 63. Lebensjahr enden, sondern bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres möglich sein. „Damit können wir den großen Erfahrungsschatz unserer Feuerwehrkollegen aus jahrzehntelanger Praxis noch besser nutzen“, so Herrmann.

Um die kommunale Zusammenarbeit im Feuerwehrwesen zu stärken, soll auch beim Brandschutz sowie beim technischen Hilfsdienst enger zusammengearbeitet werden. Künftig sollen zudem auch Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen in die Freiwillige Feuerwehr aufgenommen werden können, beispielsweise als Ausbilder oder psychologische Betreuer. Zur Entlastung der Kreisbrandräte sieht der Gesetzentwurf vor, dass künftig sogenannte „Fach-Kreisbrandinspektoren“ die Kreis-

brandräte bei ihren vielfältigen Fachaufgaben unterstützen.

In Bayern leisten derzeit rund 320.000 Menschen aktiven Feuerwehrdienst, Ehrenamtliche sind hiervon über 310.000. „Ohne diese enorme Anzahl an Freiwilligen ließe sich das hohe Sicherheitsniveau in Bayern nicht aufrechterhalten“, lobte der Innenminister dieses herausragende Engagement. „Das verdient größten Dank und höchste Anerkennung!“

Gemeindegats hat Änderungswünsche

Weitgehend begrüßt hat der Präsident des Bayerischen Gemeindegats Dr. Uwe Brandl das neue Feuerwehrgesetz. „Allerdings hinterfragen wir schon, ob die seit langem bewährten Kinderfeuerwehren nicht besser bei den örtlichen Feuerwehrvereinen aufgehoben sind als in der gemeindlichen Zuständigkeit. Doppelstrukturen haben sich erfahrungsgemäß selten bewährt. Außerdem sehen wir es als nicht zu unterschätzende Herausforderung für die Feuerwehrkommandanten an, darüber zu entscheiden, ob Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen in die Freiwilligen Feuerwehren aufgenommen werden können“, so der Präsident. □

Ministerrat fordert Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Innenminister Joachim Herrmann: „Wer im Ausland für Terroristen kämpft, kann nicht Deutscher bleiben“

Deutsche Staatsbürger, die im Ausland an Kampfhandlungen für eine Terrormiliz teilnehmen oder an der Ausbildung für den Terrorkampf teilnehmen, sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie eine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Eine entsprechende bayerische Bundesratsinitiative hat der Ministerrat beschlossen.

Innenminister Joachim Herrmann: „Wer als Terrorist im Ausland kämpft, wendet sich nicht nur von Deutschland ab, er bekämpft uns und lehnt unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ab. So jemand hat kein Recht mehr auf die deutsche Staatsangehörigkeit.“ Bislang hat die deutsche Staatsangehörigkeit nur verloren, wer ungenehmigt freiwillig in eine Armee oder in bewaffnete Verbände eines ausländischen Staates eingetreten war. Die Teilnahme an Kampfhandlungen wie zum Beispiel im syrischen Bürgerkrieg oder an der Ausbildung für eine Terrormiliz im Ausland blieb bisher im Staatsangehörigkeitsrecht folgenlos. Herrmann: „Eine derartige Unterscheidung ist nicht nachvollziehbar.“ □

Handwerksbetriebe in eigenen Ortszentren oder in benachbarten Ortszentren“, stellte der Städtetagschef fest.

Zwar sei die Definition von Teilräumen mit besonderem Handlungsbedarf grundsätzlich sinnvoll; allerdings mache die Ausweitung der Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf alleine keine Strukturpolitik. Entscheidend sei, ob die Förderung dieser Teilräume mit Leben erfüllt wird. Hierfür müssten dann auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, „denn je größer die Fläche und die Zahl der Kommunen wird, desto weniger Mittel können jeder einzelnen Kommune zur Verfügung stehen“, betonte Maly und ergänzte: „Die Staatsregierung muss einen besonderen Handlungsbedarf aber auch in wachsenden Regionen anerkennen. Für die Folgen des Wachstumsdrucks, neue Wohnungen zu bauen, Kindergärten, Schulen und Grünflächen zu errichten, muss die Landesplanung Lösungen bereithalten. Wachstum bezieht sich auf Räume und nur selten auf einen einzigen Ort. Dafür müssen gemeinsame Lösungen gefunden werden.“

Prinzipien der Subsidiarität und Regionalität

Laut Bayerischem Landkreistag „hat das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Bedenken der Landkreise im An-

hörungsverfahren sehr ernst genommen“. Die Prinzipien der Subsidiarität und Regionalität seien „für die Zukunftsfähigkeit und Handlungsfähigkeit unserer Kommunen vorrangig“, urteilte Verbandspräsident Landrat Christian Bernreiter (Deggenhofen).

Der Bayerische Landkreistag begrüßt die Aufnahme als Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf, wenn beim Strukturindikator weniger als 90 % des Landesdurchschnitts erreicht wird. Hierdurch hätten mehr Kommunen die Möglichkeit, an die entsprechenden Förderungen der Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf heranzukommen. Es sollte aber auch ein Mehr an Fördermitteln zur Verfügung stehen. Weiterhin gebe es drei zusätzliche Ausnahmetatbestände vom Anbindegebot. Diese stärkten nachdrücklich die Entscheidungs- und Planungshoheit vor Ort.

Zudem erfolgten Planungen und Maßnahmen zum Neubau oder Ersatzneubau von Höchstspannungsfreileitungen energiewirtschaftlich tragfähig und unter besonderer Berücksichtigung der Wohnumfeldqualität der betroffenen Bevölkerung sowie der Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Kommunen (z. B. für Bau-, Gewerbe- und Erholungsgebiete) und der Belange des Orts- und Landschaftsbildes. Dies kommt nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags im Besonderen den örtlichen Gegebenheiten vor Ort zu Gute. **DK**

Neue Aufnahmeeinrichtung in Regensburg

Müller und Herrmann: „Entlastung für die Kommunen“

Bayerns Sozialministerin Emilia Müller eröffnete gemeinsam mit Innenminister Joachim Herrmann und dem Regierungspräsidenten der Oberpfalz Axel Bartelt die neue „Aufnahmeeinrichtung Regensburg“ auf dem Gelände der ehemaligen Bajuwarenkaserne.

Die Ministerin betonte dabei die Notwendigkeit weiterer Plätze in der Erstaufnahme. „Der Freistaat setzt bei der Unterbringung von Asylbewerbern verstärkt auf Aufnahmeeinrichtungen: Sie sind die Stützpunkte für schnelle Asylverfahren. Deshalb schaffen wir dort auch in Zeiten rückläufiger Asylzahlen zusätzliche Erstaufnahmeplätze.“

In den Aufnahmeeinrichtungen werden die Asylbewerber in den ersten Monaten nach der Ankunft in Deutschland untergebracht und versorgt, vorrangig durch Sachleistungen. In dieser Zeit findet das Asylverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) statt. „Unser Ziel ist es, weniger Asylbewerber auf die Kommunen zu verteilen. Dies vor allem dann, wenn der einzelne keine Bleibeperspektive hat. Denn durch die Verteilung auf die Kommunen wird der Aufenthalt verfestigt. Deshalb schaffen wir eigene bayerische Transitzentren, eines davon hier in Regensburg in der ehemaligen Pionierkaserne“, so die Ministerin. □

Innenminister Joachim Herrmann ergänzte: „Mit den Transitzentren wollen wir die Verfahren weiter beschleunigen und zeitnahe Rückführungen ermöglichen. Regensburg ist hierfür mit seiner guten Anbindung an den Flughafen München ein geradezu prädestinierter Ort.“

Die Fertigstellung aller Gebäude erfolgte in einer Rekordbauzeit von 13 Monaten. Die Schätzkosten wurden um rund ein Viertel unterschritten. Die Gesamtkosten betragen 30 Millionen Euro.

Neben Verwaltungs- und Unterbringungsgebäuden für 600 Asylsuchende entstanden eine Kantine und zusätzliche Versorgungseinheiten, wie z. B. ein Kindergarten, Räume der Sozialbetreuung, das Sozialamt und Räume für Polizei und ärztliche Betreuung. Auf dem Gelände gibt es zudem einen Spielplatz. „Unser Ziel ist, gemeinsam mit dem BAMF Verfahrensabläufe zu optimieren, um möglichst schnell zu Entscheidungen zu kommen“, fügte Regierungspräsident Bartelt abschließend hinzu. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer
83022 Rosenheim
am 12.4.

Bürgermeister Werner Thum
86735 Forheim
am 17.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schweinberger
86807 Buchloe
am 8.4.

Bürgermeister Hans-Jürgen Nekolla
91322 Gräfenberg
am 9.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Leonhard Eder
90587 Tuchenbach
am 9.4.

Bürgermeister Gerhard Wunder
96349 Steinwiesen
am 15.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Christiane Meyer
91320 Ebermannstadt
am 15.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Beckel
87534 Oberstaufen
am 10.4.

Bürgermeister Thomas Fischer
97647 Nordheim v.d.R.
am 13.4.

Bürgermeister Werner Brandenburger
92369 Sengenthal
am 14.4.

Bürgermeister Franz-Josef Weber
84333 Malgersdorf
am 16.4.

Bürgermeister Thomas Hack
97717 Aura a. d. Saale
am 20.4.

Bürgermeister Josef Klaus
84100 Niederaichenbach
am 20.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Dieckmann
83677 Reichersbeuern
am 20.4.

Bürgermeister Ernst Dieckmann
83677 Reichersbeuern
am 20.4.

Bürgermeister Ernst Dieckmann
83677 Reichersbeuern
am 20.4.

Bürgermeister Ernst Dieckmann
83677 Reichersbeuern
am 20.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutscher Pflegekongress 2017 in Berlin:

Die Pflege hat die Wahl

Ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl stand der diesjährige Deutsche Pflegekongress in Berlin. Unter dem Motto „Die Pflege hat die Wahl“ trafen sich Experten, Entscheider und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Pflege und Gesellschaft zum intensiven Erfahrungsaustausch.

Das vielseitige Programm mit hochkarätig besetzten Fachvorträgen, Podiumsdiskussionen, Workshops und Aktionsbühnen, umrahmt von einer großen Fachausstellung, informierte über die neuesten Themen und Trends im Pflegebereich. Erweitert wurde der Pflegekongress in diesem Jahr um die Programmsäule „Digitale Pflege“.

Die Pflegebranche braucht massive Unterstützung

Zu wenig Personal, zu viel Belastung, schlechte Bezahlung: Die Pflegebranche braucht massive Unterstützung – vor allem durch die Politik. Das ist ein zentrales Ergebnis einer aktuellen Umfrage unter Pflegekräften, die u. a. der Deutsche Pflegekongress als Mitveranstalter des Kongresses in Auftrag gegeben hat. Das Thema Pflege hat im Wahljahr höchste Relevanz – die Pflegenden selbst fühlen sich von der Politik allerdings kaum wahrgenommen und schreiben selbst dem Thema Maut höhere politische Beachtung zu als der Pflege. Ein Großteil der Pflegenden fühlt sich von den etablierten Parteien nicht vertreten und traut ihnen keine Kompetenz in Sachen Pflegepolitik zu – Rechtspopulisten haben in der Pflege keinen Platz. Eine Mehrheit wünscht sich die Vertretung durch eine Selbstverwaltung.

Arbeitsbedingungen verbessern

Wie Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegekongresses, bei der Eröffnung betonte, werden im Herbst fast 3 Millionen Pflegebedürftige und 4,5 Millionen pflegende Angehörige die Wahl haben. Seine Forderung: „Mit höchster Priorität muss von der nächsten Bundesregierung die Schaffung bestmöglicher Arbeitsbedingungen in der Pflege angegangen werden. Das ist eine entscheidende Zukunftsaufgabe.“

Kein Verständnis zeigte Westerfellhaus für die politische Hängepartie in Sachen Pflegeberufegesetz: „Ein Jahrzehnt lang haben wir für eine qualitative Neuordnung der Pflegeausbildung gerungen, unzählige Modellvorhaben haben klare Ergebnisse gebracht. Jetzt muss Schluss sein mit der unsäglichen Diskussion. Wer Pflege ernst nimmt, muss jetzt handeln und das im Kabinett bereits verabschiedete Pflegeberufegesetz im Bundestag verabschieden.“

Folgt man der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), werden laut Westerfellhaus bis zum Jahr 2050 rund 1,5 Millionen Vollzeitkräfte in der Pflege mehr benötigt. Im Vergleich zu heute wäre das eine Verdopplung des Personalbedarfs. Das Statistische Bundesamt wiederum geht bis 2025 von einem zusätzlichen Bedarf an ausgebildeten Pflegekräften in Höhe von 135.000 bis 214.000 Pflegevollzeitkräften aus. „Steuern wir dem nicht mit einer deutlich verbesserten Attraktivität des Berufes, wesentlich besseren Arbeitsbedingungen und enormen Anstrengungen in der Frage, wie Pflegebedürftigkeit verzögert werden kann, entgegen, dann müssen wir uns warm anziehen“, mahnte der Präsident.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe wies darauf hin, dass mit der Pflegereform die Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mit zusätzlich rund 5 Mrd. Euro pro Jahr verbessert worden sei. Durch die

Pflegestärkungsgesetze seien die Leistungen der Pflegeversicherung um mehr als 20 Prozent erhöht worden. Die Hilfsangebote könnten passgenau auf die konkrete Pflegesituation zugeschnitten werden. Auch Demenzzranke hätten nunmehr einen gleichberechtigten Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung.

Persönlicher Pflegeberater

Pflegebedürftige und ihre Familien haben Gröhe zufolge einen Anspruch darauf, von einem persönlichen Pflegeberater bei Ihrer Pflegekasse betreut zu werden. Um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu verbessern, hätten pflegende Angehörige jetzt einen Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit und auf eine bezahlte Auszeit von bis zu zehn Tagen.

Pflegepersonaluntergrenzen

Eine gute Versorgung im Krankenhaus setzt eine angemessene Personalausstattung voraus. Deshalb, so der Minister, sollen Krankenhäuser und Krankenkassen verpflichtet werden, Pflegepersonaluntergrenzen in Krankenhäusern festzulegen, in denen dies aus Gründen der Patientensicherheit besonders notwendig ist – etwa in Intensivstationen oder im Nachtdienst. Diese Grenzen dürften dann nicht unterschritten werden. Die Vereinbarung soll zum 1. Januar 2019 wirksam werden. Gröhe: „Dies stärkt die Pflege am Krankenbett, verbessert die Arbeitsbedingungen der

10. Bayerischer Archivtag in Landshut:

Archive in der Öffentlichkeit

Noch nie gab es so viele Kommunikationsmöglichkeiten wie heute. Es scheint einfach, die Öffentlichkeit zu erreichen. Dies können sich auch die Archive zunutze machen. Aber wen wollen sie konkret ansprechen? Lässt sich der Erfolg der Aktivitäten messen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigte sich der 10. Bayerische Archivtag in Landshut, zu dem sich über 200 Archivarinnen und Archivaren aus dem gesamten Bundesgebiet einfanden.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit der Verleihung des Bayerischen Janus an Hans Kratzer, Redakteur der Süddeutschen Zeitung. Bernd Sibley, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, übergab dem Preis und würdigte Kratzers wertvollen Beitrag für die öffentliche Wahrnehmung der bayerischen Archive.

Der Schwerpunkt von Kratzers journalistischer Arbeit liegt Sibley zufolge auf Archiven und ihrem Schrift- und Kulturgut. In seiner Berichterstattung spiegeln sich u. a. die Vielfalt der bayerischen Archivlandschaft, ihre Forschungen und Präsentationen wider. Kratzer richtet den Blick auf Ausstellungen, Publikationen und die Digitalisierung von Archivbeständen. Auch auf die Zusammenarbeit von Archiven in Notfallverbänden und die Bedrohung historischer Dokumente durch den Papierzerfall macht er aufmerksam. In besonderer Weise setzt er sich mit der Rolle der Archive im Nationalsozialismus auseinander.

Prof. Dr. Ulrich Raulff, Leiter des Deutschen Literaturarchivs, Marbach, fasste sich in seinem Einführungsvortrag mit dem Archiv und seinem Bild. Ein hochkarätig besetztes Podium diskutierte wiederum über „Sinn und Zweck der Öffent-

lichkeitsarbeit“ in Archiven.

Kommunalisierung der Pflege

Bestandteil des umfangreichen und informativen Vortragsprogramms war das Thema „Kommunalisierung der Pflege“. Selbständige Lebensführung und Teilhabe im Alter sind von kommunalen Strukturen und den sozialen Netzwerken geprägt. Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit richtet sich jedoch hauptsächlich auf Leistungen für pflegebedürftige Menschen im Sinne des SGB XI. Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung zur Erhaltung und Förderung eines guten und selbstbestimmten Lebens im Alter sind noch nicht selbstverständlicher Teil der kommunalen Sorge- und Unterstützungskultur. Welchen Beitrag präventive Hausbesuche zur Innovation kommunaler Seniorenarbeit leisten können, wurde im Vortrag von Anne Gebert, Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e. V., aufgezeigt.

Profilierungschancen

Neue Wege müssen beschritten werden, um dem oft komplexen Bedarf älterer Menschen mit chronischen Gesundheitseinbußen zu begegnen. In lokalen Gesundheitszentren werden präventive, medizinische, pflegerische und rehabilitative Leistungen gebündelt. In ihrem Vortrag stellte Prof. Dr. Doris Schaeffer, Institut für Pflegewissenschaft Universität Bielefeld, die mit lokalen Gesundheitszentren verbundenen zahlreichen Profilierungschancen für die Pflege dar und diskutierte sie mit dem Publikum. **DK**

lichkeitsarbeit“ in Archiven. Laut Moderatorin Renate Höpfinger vom Archiv für Christlich-Soziale Politik in München schreitet die Entwicklung „unumkehrbar in Richtung digitales Archiv“ voran. Sich in der Welt der Datenflut zurechtzufinden, sei jedoch gerade für Archive eine große Herausforderung, so Höpfinger. Dr. Werner Lengger (Universitätsarchiv Augsburg) betonte, dass er nicht zuletzt aus Zeitmangel nichts davon halte, alles online zu stellen, wie es in der Schweiz gang und gäbe sei. Jedoch erachtet er es als sinnvoll, Fundmittel und Bestandsübersichten öffentlich zu machen.

Impulse für die junge Generation

Dr. Eva Moser vom Bayerischen Wirtschaftsarchiv zufolge stößt die junge Generation beim Suchen in sozialen Netzwerken auf verschiedenste Impulse, weshalb es für Archivare unklug sei, nicht in sozialen Medien aktiv zu sein. „Formen und Strategien der Öffentlichkeitsarbeit“ standen des Weiteren auf der Agenda des Bayerischen Archivtags. Dabei wurden unter anderem die kooperative virtuelle Ausstellung von Archiven, Bibliotheken und Museen im Kulturportal Bavarikon „Luther, Eck und die frühe Refor-

Leitfaden

Information in Bayern“ sowie der Einsatz von „Social media“ im Archiv vorgestellt. Zuvor bereits hatten sich Mitarbeiter aus Kommunalarchiven, Adels- und Privatarchiven, Kirchenarchiven, Archiven an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Archivpfleger getroffen.



GZ **Kolumne**
Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser,

vor 60 Jahren vollzogen sechs Staaten mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge den ersten Schritt zur Gründung der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der späteren Europäischen Union. Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Luxemburg und die Niederlande waren die ersten, die sich zu einer Gemeinschaft zusammenschlossen; 22 weitere Staaten sollten ihrem Beispiel folgen. Die Euphorie über die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ und das Bestreben, in dieser Gemeinschaft Mitglied zu werden, ist vielerorts der Skepsis über Sinn und Zweck dieses Staatengebildes gewichen.

Was erwarten wir uns von einer Europäischen Union?

Man muss kein Hellseher sein, um vorauszu sagen zu können, dass sich die Europäische Union in ihrer jetzigen Form ändern wird. Schon alleine der Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft wird unausweichlich zu Veränderungen führen. Dem interessierten Beobachter der internationalen Politik ist ohnehin nicht entgangen, dass die Staats- und Regierungschefs längst in einer Diskussion um die Zukunft der EU stecken. Die Vorschläge, die derzeit auf dem Tisch liegen, könnten nicht weiter auseinander gehen: Während die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ vorschlägt, plädiert ihr italienischer Amtskollege Paolo Gentiloni für einen Neustart mit einer „echten“ Regierung. In diesem Diskussionsprozess geht es um die eine grundsätzliche Frage: Was erwarten wir uns von einer Europäischen Union?

Unsere Bundeskanzlerin hat bei den Feierlichkeiten zu „60 Jahre Römische Verträge“ einen Anfang gemacht und eine Antwort geliefert. In ihrer Rede forderte sie ein sicheres und schützendes Europa. Eine Union müsse zum Schutz der Außengrenzen und zur Erhöhung der wirtschaftlichen Stärke beitragen. Doch der angefangene Diskussionsprozess darf nun nicht alleine von

den Regierungschefs oder EU-Parlamentariern geführt werden. Jetzt wird es Zeit, dass sich die Bürger Europas zu Wort melden und ihre Erwartungen an die Europäische Union formulieren.

Auch ich habe mir Gedanken gemacht und meine Vorstellung von der EU überdacht: Klar ist, dass einzelne Staaten die Herausforderungen von Globalisierung, Migration, Terrorismus und Klimawandel nicht alleine lösen können. Im Verbund lassen sich diese Aufgaben so wohl günstiger als auch effizienter lösen. Gleichzeitig sehe ich aber keinen Grund, weshalb die Europäische Kommission die Baulandvergabe von bayerischen Kommunen kontrollieren und regeln muss. Weniger ist diesen Fällen oft mehr.

In Artikel 5 des EU-Vertrages heißt es: „Für die Ausübung der Zuständigkeiten der Union gelten die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.“ Subsidiarität bedeutet, dass öffentliche Aufgaben möglichst bürgernah geregelt werden sollen. Probleme sollen auf der niedrigsten politischen Ebene gelöst werden. In Deutschland sind das die Kommunen, dann die Bundesländer. Erst wenn ein bestimmtes Problem dort nicht gelöst werden kann, wird die Regelungskompetenz nach „oben“ abgegeben.

Trotz der festen Verankerung dieses Prinzips sind die Kommunen in beinahe jedem ihrer Aufgabenbereiche von der europäischen Gesetzgebung betroffen: Bauleitplanung und Raumordnung, Wirtschaftsförderung und Beihilfen, Abfallwirtschaft, Planungsrecht, öffentliches Auftragswesen und vieles mehr. Wenn Änderungen in der derzeitigen EU-Politik gewünscht werden, so ist jetzt die richtige Zeit, Erwartungen an Brüssel zu adressieren. Auch die kommunalen Spitzenverbände sollten sich dazu Gedanken machen: Wo wünscht man sich Unterstützung? Welche Bereiche lassen sich regional besser koordinieren? Welchen Mehrwert erwartet man sich von einer Europäischen Union?

Mit Resignation ist niemandem geholfen. Vielmehr muss Kritik öffentlich vorgebracht werden. Alternativen sind sachlich zur Debatte zu stellen. Wenn sich die Kommunalpolitik Änderungen erwartet, ist es jetzt an der Zeit, sich in den Diskussionsprozess einzumischen!

Alois Rainer
MdB, stv. KPV-Landesvorsitzender

„Siebener“ sichern heute noch den Grenzfrieden

Heimatminister Söder empfing 3.500 Feldgeschworene in der Frankenhalle / Ältestes kommunales Ehrenamt

Als Mittler zwischen Bürger und Vermessungsverwaltung tragen die rund 26.000 Feldgeschworenen in Bayern zum nachbarschaftlichen Frieden bei. „Zusammen mit den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung sichern die Feldgeschworenen die über 80 Millionen Grenzpunkte in Bayern“, hob Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder vor rund 3.500 Feldgeschworenen beim „Tag der Feldgeschworenen“ in Nürnberg hervor.

Nach den Worten des Ministers leisten sie einen Beitrag zur Bildung von mehr als 30.000 bebauungsfähigen Grundstücken für Wohnen und Gewerbe im Jahr und stärken so den Wirtschaftsstandort Bayern. Die Feldgeschworenen sind fester und wichtiger Bestandteil der bayerischen Vermessungslandschaft. Darauf wollen wir auch in Zukunft nicht verzichten“, so Söder. „Grenzen sind nur dann etwas wert, wenn sie erkennbar sind und wenn sie eingehalten werden. Diese wertvolle friedensstiftende Einrichtung der Hüter der Grenzen hat sich bis heute erhalten. Das verdient großen Respekt“, so Söder.

Traditionsreiches, modernes Ehrenamt

Seit rund 600 Jahren engagieren sich Bürger im ältesten kommunalen Ehrenamt als Feldgeschworene. Die Feldgeschworenen, auch „Siebener“ genannt, arbeiten mit Bürgern, Kommunen und der bayerischen Vermessungsverwaltung zusammen. Die Feldgeschworenen kümmern sich um Bestand und Erhalt der Grenzzeichen. Mehr als 250.000 Abmarkungen jährlich führen sie zu-

sammen mit den Vermessungsämtern bei Wind und Wetter durch. Das traditionsreiche und moderne Ehrenamt ist tief in der Gesellschaft und in der kulturellen Identität unseres Landes verankert. Söder: „Das Institut der Feldgeschworenen zählt zum immateriellen Kulturerbe unserer Heimat Bayern.“

Daten mit Raumbezug

Früher wie heute sind die bedeutendsten Daten jene mit Raumbezug. Früher gaben die Landkarten der Herrscher Auskunft über Herrschaftsgebiet, Festungen und Bodenschätze. Die Geodaten heute bilden für Bürger und Verwaltung das Land in vielen Facetten ab. Mittlerweile haben 80 Prozent der Daten Raumbezug, sind also Geodaten. Diese Daten werden immer stärker wie selbstverständlich genutzt, etwa auf dem Handy und Smartphone, in Navigationsgeräten von Schiffen, Flugzeugen und Autos sowie bei der Berechnung von Fördermaßnahmen in Naturschutz und der Landwirtschaft. Die bayerische Vermessungsverwaltung erhebt eine große Bandbreite an (Fortsetzung auf Seite 4)

Marshallplan mit ...

(Fortsetzung von Seite 1)
mit Entwicklungsgeldern allein sind die Herausforderungen nicht zu stemmen“.

Der Entwicklungsminister setzt mit Investitionen in Bildung und Ausbildung auf Afrikas Jugend. Vor allem bei der beruflichen Bildung hätten deutsche Unternehmen enorm viel zu bieten – Stichwort duale Ausbildung. Müller: „Wir setzen auf Reformpartnerschaften und auf Wirtschaftsentwicklung: Wir wollen mehr ‚Made in Africa‘ möglich machen – und das braucht Investitionen in Infrastruktur: Strom, Wasser, Straßen, Industrie. Und wir wol-

len, dass mehr deutsche Unternehmen in Afrika investieren, denn dort ist noch echtes Wachstum nötig.“

Win-win-Situation für deutsche Partner

Afrika benötige Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Stromversorgung, Recycling, Industrie, landwirtschaftliche Verarbeitung. Mit neuen Instrumenten soll deshalb das Risiko für sinnvolle Investitionen abgedeckt werden. Gefordert sei eine Entwicklungspolitik in neuen Dimensionen und auf eine neue Art. „Sie muss klare Aussagen machen und konsequente Unterstützung bieten“, so Müller. „Dies schafft letztlich auch für deutsche Firmen eine Win-win-Situation.“

Konkretes Beispiel: Baumwolle ist eines der wichtigsten Exportgüter Burkina Fasos. Mit deutscher Unterstützung sollen die Produktivität, die Qualität und die Arbeitsstandards auf den Plantagen verbessert werden. Bisher finden nur der Anbau und der erste Schritt der Weiterverarbeitung der Baumwolle, die Entkernung, im Land statt. Gemeinsam mit deutschen Investoren will die deutsche Entwicklungspolitik dafür sorgen, dass auch die Faser und der Stoff in Burkina Faso hergestellt werden.

Die Zukunft liegt im ländlichen Raum

Fakt ist: Im ländlichen Raum liegt die Zukunft Afrikas. Er darf nicht zum Verlierer der Globalisierung werden. Fortschritte einzelner Länder dürfen nicht durch

entfesselte und unregulierte Marktkräfte oder aber verzerrende Agrarsubventionen konterkariert werden. Finanzinvestitionen in Agrarmärkte sollten transparent und reguliert erfolgen.

Spekulationen bei drohenden globalen Nahrungspreiskrisen müssen Müller zufolge unterbunden werden. Gleichzeitig müssen die afrikanischen Länder die ihnen gewährten handelspolitischen Möglichkeiten nutzen, um ihre Märkte zu schützen und eine konkurrenzfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft aufzubauen. Abhängigkeiten sind zu verringern, Unabhängigkeiten zu stärken. Dies könne mit einer weltweiten Vereinbarung eines zoll- und quotenfreien Marktzugangs für alle am wenigsten entwickelten Länder gefördert werden.

Konsumverhalten ändern

Die Globalisierung verknüpfe die Lebensbedingungen der Menschen unmittelbar. Die Produktion und der Konsum von Agrarprodukten hätten einen erheblichen Einfluss auf die ökologischen und sozialen Verhältnisse in Afrika. Noch immer lebten die meisten Kakaobauern unterhalb der Armutsgrenze. Nur sechs Prozent des Kakaopreises komme bei ihnen an. Der Minister plädierte daher für „neue Wege für nachhaltige agrarische Wertschöpfungsketten und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.

Auch müsse sich das Konsumverhalten ändern. Information

und Aufklärung seien die Grundlage hierfür. Faire und umweltschonende Lieferketten müssten durch glaubwürdige Umwelt- und Sozialsiegel auf den ersten Blick für jeden erkennbar sein.

„Eine Welt ohne Hunger ist möglich“, zeigte sich Müller überzeugt. „Helfen wir nicht, wird eine neue Völkerwanderung einsetzen.“ Um jedem Menschen auf der Welt das Überleben zu sichern, müssten ca. 20 Milliarden Euro aufgewendet werden. Betrachtete man zum Vergleich den derzeitigen US-Verteidigungsetat in Höhe von 550 Milliarden Dollar, so sei dies alles andere als eine astronomisch hohe Summe.

Ein reicher Kontinent

Afrika als reicher Kontinent verfüge über erhebliche Land- und landwirtschaftliche Ressourcen und habe damit das Potenzial, um alle dort lebenden Menschen versorgen zu können. Armut, Hunger, Mangelernährung und Not könnten in einem Jahrzehnt überwunden werden. Afrika verfügt darüber hinaus über 15 Prozent der weltweiten Ölvorkommen, 40 Prozent der Goldreserven, 80 Prozent der Platinmetalle und die größten Anbauflächen der Welt.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas gibt es laut Müller für Europa keine Alternative. 20 Prozent der in Industrieländern lebenden Menschen verbrauchten derzeit 80 Prozent der Ressourcen, die zum erheblichen Teil aus Afrika kämen. **DK**

Versicherung gegen Elementarschäden

Ilse Aigner: „Schulterschluss von Versicherungsbranche, Kommunen und Wirtschaftskammern für eine bessere Absicherung der Bürger gegen Naturgefahren“

Die Staatsregierung ermuntert die Bürger, sich selbst gegen Elementarschäden bei Naturkatastrophen zu versichern. Hierzu hat Wirtschaftsministerin Ilse Aigner mit der Versicherungsbranche, den kommunalen Spitzenverbänden, den Kammern der gewerblichen Wirtschaft, den Verbänden der bayerischen Kreditwirtschaft und den Verbänden der privaten Wohnungseigentümer eine gemeinsame Vereinbarung ausgearbeitet.

Ziel ist, die Immobilieneigentümer in Bayern für die Gefahren und Risiken von Elementarschadeneignissen zu sensibilisieren sowie über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit eines umfassenden Versicherungsschutzes zu informieren.

Zunehmende Bedrohung durch extreme Wetterereignisse

Wirtschaftsministerin Aigner: „Extreme Wetterereignisse stellen eine zunehmende Bedrohung für Menschen und Sachwerte, wie insbesondere Gebäude, in Bayern dar. Die schweren Unwetter im vergangenen Jahr haben in Simbach am Inn Menschenleben gefordert. Außerdem sind vielerorts sehr hohe Sachschäden entstanden. Aufgrund der sich verändernden klimatischen Bedingungen werden Starkregenereignisse und Hochwasser in der Zukunft

deutlich zunehmen. Die Bevölkerung und die Unternehmen in Bayern müssen auf diese Veränderungen und auf die deutlich zunehmenden Risiken frühzeitig reagieren. Aus diesem Grund muss eine umfassende Absicherung des Eigentums auch eine Versicherung gegen Elementarschäden umfassen. Ich habe zusammen mit den Partnern der Elementarschadenkampagne eine gemeinsame Vereinbarung ausgearbeitet.“

Bestandteil dieser Vereinbarung ist die Ankündigung der Staatsregierung, Anpassungen bei den Finanzhilfen nach Naturkatastrophen vorzunehmen. Ab dem Stichtag zum 1. Juli 2019 werden keine finanziellen Unterstützungen in Form von Soforthilfen mehr gewährt, wenn die eingetretenen Schäden versicherbar waren. Unbeschadet davon bleiben Härtefallregelungen im Einzelfall.

Söder: Staatsregierung half schnell und unbürokratisch

Finanzminister Dr. Markus Söder betonte: „Nach den starken Überschwemmungen zwischen Mai und Juli 2016 hat die Bayerische Staatsregierung schnell und unbürokratisch geholfen. Dies war richtig und wichtig. Allein aus dem Hilfsprogramm des Finanzministeriums wurden bislang über 30 Millionen Euro Soforthilfe und Soforthilfen ausgezahlt. Zusammen mit den Hilfsprogrammen der anderen Ressorts beträgt der aktuelle Auszahlungsstand über 57 Millionen Euro.“

Staatliche Hilfen bei Naturkatastrophen sollten aber nicht dazu führen, dass bewusst vom Abschluss von Elementarschadenversicherungen abgesehen und stattdessen auf den Staat vertraut wird, sagte Söder weiter. Es sei nicht Aufgabe des Staates, als eine Art „Ersatzversicherer“ zu fungieren, zumal ein Versicherungsschutz gegen Elementargefahren in über 99 Prozent der Fälle zu tragbaren Prämien möglich sei. Für die meisten Hausbesitzer koste der Versicherungsschutz unter 100 Euro im Jahr.

Versicherungsschutz prüfen

Die Staatsregierung fordert alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern nachdrücklich dazu auf, den eigenen Versicherungsschutz zu überprüfen und sich gegen die immer häufiger auftretenden Naturkatastrophen zu versichern. Wie die Ereignisse des letzten Jahres deutlich vor Augen geführt haben, können existenzbedrohende Überschwemmungen nach massiven Starkregenereignissen überall in Bayern auftreten. Die Versicherung gegen Elementargefahren darf daher nicht davon abhängig gemacht werden, ob sich in der Nähe einer Immobilie ein Gewässer befindet.

Gegebenenfalls bestehende Informationsdefizite in der Bevölkerung über Naturgefahren werden durch die umfassende Informationskampagne der Partner der Initiative beseitigt. Wie in anderen Lebensbereichen gelten die Grundsätze der Eigenverantwortung und Eigenvorsorge, basierend auf einer guten Informationslage, auch im Bereich der Vorsorge gegen Elementargefahren. **dhg**

„Siebener“ ...

(Fortsetzung von Seite 3)
Geodaten und macht diese mit dem amtlichen Siegel – flächendeckend und zuverlässig – durch Internetdienste für jeden verfügbar. Luftbilder, Amtliche Topographische Karten und Digitale Geländemodelle sind wertvolle Planungshilfen für die Kommunen. Der für jedermann online zugängliche BayernAtlas ist eine aktuelle Orientierungshilfe für die Bürger. 3-D-Geländemodelle und die neuen Möglichkeiten der 3-D-Visualisierung am Bildschirm oder durch 3-D-Drucker ergeben ganz neue Möglichkeiten in der Bauleitplanung und Bürgerbeteiligung.

Im Rahmen der Veranstaltung in der Frankenhalle in Nürnberg ehrte Söder Feldgeschworene aus ganz Bayern für ihren 50- bzw. 60-jährigen ununterbrochenen und verantwortungsvollen Dienst an der Gemeinschaft. **□**

Kommunalwirtschaft ...

(Fortsetzung von Seite 1)
verbrauch zu kontrollieren. Die anderen Unternehmen der Daseinsfürsorge wie zum Beispiel Verkehrsbetriebe oder die Müllabfuhr könnten durch digitalisierte Datenauswertung ihr Angebot individueller und kostengünstiger gestalten, so die Bundeskanzlerin.

Verantwortung für zügigen Netzausbau

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zufolge tangiert staatliche Förderung in einem privatwirtschaftlich organisierten Infrastrukturbereich immer auch den Wettbewerb. In diesem Spannungsfeld müssten alle Beteiligten in gemeinsamer Verantwortung für einen zügigen Netzausbau den besten Weg ausloten. Nicht nur beim Breitbandausbau stünden kommunale und private Unternehmen wieder zunehmend im Wettbewerb. Daseinsvorsorge insgesamt sei auch ein Betätigungsfeld der Privatwirtschaft. „Welche Arbeitsteilung zwischen privaten und kommunalen Unternehmen – oder ganz grundsätzlich – zwischen ‚privat und Staat‘ gelten soll, diese Frage dürfte uns auch in Zukunft weiter beschäftigen“, erklärte Schäuble.

Nachbarschaftshilfe im globalen Dorf

Nach den Worten von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller ist Entwicklungspolitik heute nicht mehr Politik für ferne Länder, sondern Nachbarschaftshilfe im globalen Dorf. „Dafür brauchen wir die Kommunen und ihre Unternehmen. Sie sind die Praktiker und können Hilfe direkt dorthin bringen, wo sie gebraucht wird. Deshalb fördern wir das entwicklungspolitische Engagement deutscher Städte und Gemeinden und kommunaler Unternehmen in Entwicklungsländern. Schon jetzt arbeiten wir mit 40 solcher Unternehmen zusammen, vor allem in Tunesien, aber auch

in Marokko und Jordanien. Ich setze mich dafür ein, dass auch die Bundesländer das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Unternehmen noch stärker unterstützen.“

„Klare „Startvorteile“ für Stadtwerke erkannte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries bei der Digitalisierung im Gebäudereich. Diejenigen Stadtwerke, die kommunalen Wohnungsbau betreiben, hätten dadurch die Chance, unter dem Stichwort Smart Home einen großflächigen Ansatz zu verfolgen. Smart Home biete Stadtwerken große Schnittmengen über das bloße Ablesen von Zählerständen hinaus. Neben der Möglichkeit, durch Digitalisierung laufende Kosten zu senken, sollten Unternehmen hier über die Kundenbindung die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle stärker vorantreiben, appellierte Zypries an die versammelten Stadtwerke-Vertreter.

In drei Fachforen wurden Themen wie der Arbeitsmarkt der Zukunft, Ressourcenschutz und die Digitalisierung der Kommunalwirtschaft besprochen. Darüber hinaus wurde der VKU-Innovationspreis für zukunftsweisende Projekte verliehen, der in der Kategorie Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung an den Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) ging.

Müllfahrzeug Light II

Gemeinsam mit den Firmen Mercedes Benz, Faun und Zöllner hat der AWM ein „Müllfahrzeug Light II“ entwickelt, das mit einem deutlich geringeren CO₂-Ausstoß als herkömmliche Müllsammelfahrzeuge aufwartet. Weniger Geld für Kraftstoffe, mehr Sicherheit durch innovative Technik und zwölf Großbehälter mehr wirken sich auch positiv auf die Gebührenstabilität aus. Der nächste Schritt ist schon im Blick: Der AWM will nun einen Prototyp mit Hybridtechnologie ausstatten und im Einsatz erproben. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)
inlandsprodukt (BIP) stieg 2016 in Bayern um 2,1 % und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt von 1,9 %. Im 20-Jahres-Vergleich liegt Bayern nach Aigners Worten ganz klar an der Spitze aller Bundesländer. Seit 1996 habe die Wirtschaftsleistung im Freistaat um 48,1 % und damit deutlich mehr als überall sonst im Bundesgebiet zugelegt. „Bayern ist und bleibt der Wachstumsmotor Deutschlands.“ Nominal erwirtschaftete der Freistaat 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von 568 Mrd. Euro, was 18,1 % am gesamtdeutschen BIP von 3,13 Bill. Euro ausmacht.

Der Brexit wirft seine Schatten voraus

Im zweiten Halbjahr 2016 war ein vergleichsweise geringeres Wachstum zu verzeichnen als im ersten Halbjahr, in dem es mit 3,3 % ein überdurchschnittliches Plus gegeben hatte. Dieser Rückgang resultiere aus den Folgen des Brexit und daraus, dass insbesondere weniger Fahrzeuge in die USA exportiert werden konnten. Im Berichtsjahr erzielte Bayern mit Ausfuhren von 182,8 Mrd. Euro und Einfuhren von 166,0 Mrd. Euro einen Ausfuhrüberschuss von 16,8 Mrd. Euro.

Diese Entwicklung zeige deutlich, so die Ministerin, dass freier Handel für Bayern von entscheidender Bedeutung sei. Es gelte deshalb, sich schnell Klarheit zu verschaffen über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zu Großbritannien und die Folgen der protektionistischen Absichten von US-Präsident Trump. Zugleich müssten die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern gepflegt und ausgebaut werden. Die EU müsse weitere Freihandelsabkommen nach dem Vorbild von CETA, dem Abkommen mit Kanada, aushandeln.

In dem international volatilen Umfeld sei eine wirtschaftsfreundliche Politik, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sei und die Unternehmen wettbewerbsfähig halte, wichtiger denn je.

Auf dem bayerischen Arbeitsmarkt sieht es gut aus. Die Ar-

beitslosenquote war im Berichtsjahr mit 3,5 % so niedrig wie noch nie. Der Freistaat hat die geringste Quote bundesweit. Im Bundesdurchschnitt betrug sie 6,1 %. In 40 % der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte herrsche faktisch Vollbeschäftigung mit Quoten unter 3 %.

So viele Arbeitsplätze wie zurzeit habe es in Bayern noch nie gegeben. Mit 5,3 Mio. sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Jahresdurchschnitt sei ein neuer Höchststand erreicht worden. Und die Zahlen aus den ersten beiden Monaten 2017 deuteten darauf hin, dass es auch so erfolgreich weitergehe. Bayerns Arbeitsmarkt sei robust und aufnahmefähig, betonte die Ministerin.

Besonders erfreulich sei, dass die Spreizung der Arbeitslosenquote zwischen den sieben bayerischen Regierungsbezirken seit 2004 von 3,8 auf nur mehr 1,1 Prozentpunkte abgenommen habe. Aigner sieht darin den Beweis einer gelungenen Strukturpolitik. Den wirtschaftlichen Erfolg Bayerns untermauere Aigner u.a. mit den Patentanmeldungen, denn 2016 stammte mit 32,7 % fast jedes dritte aller neuen Patente in Deutschland aus Bayern, „was die überdurchschnittliche Innovationsfähigkeit bayerischen Unternehmen zeigt“.

Globalisierung und Digitalisierung im Fokus

Für die Zukunft komme es darauf an, die Unternehmen fit zu machen für die schnellen Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung. Diesen Herausforderungen müsse man anders begegnen als mit der Zurücknahme der Agenda 2010, was nur zu mehr Arbeitslosigkeit und höheren Lohnzusatzkosten führe, staatliche Mittel vergeude und dafür Sorge, „dass unsere Sozialsysteme noch weniger den künftigen demographischen Herausforderungen gewachsen sind“.

Soziale Probleme müssten zielgenau bekämpft werden, indem man etwa die Chancen von Kindern aus sozial schwachen Familien erhöhe, künftige Altersarmut durch möglichst durchgängige Beschäftigung bekämpfe,

Alleinerziehende entlastet und für bezahlbaren Wohnraum sorgt durch Förderung des sozialen Wohnungsbau und Schaffung von Anreizen für Investoren.

Aigner wandte sich gegen noch mehr Umverteilung. Im internationalen Vergleich der OECD-Länder verteile Deutschland ohnehin überdurchschnittlich viel um, wobei die Hauptlast von den mittleren Einkommensschichten getragen werde. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass mehr Umverteilung zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt.

Unternehmen müssen stärker entlastet werden

Neue Arbeitsplätze entstünden vor allem durch wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen. Um hierfür investieren zu können müssten die Unternehmen stärker entlastet werden, zum Beispiel durch eine Steuerreform. Am dringendsten sei die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE). Als einer der wenigen OECD- und EU-Mitgliedsstaaten verfüge Deutschland noch immer nicht über eine FuE-Förderung. In der EU sei sie praktisch Standard.

Um die Gründung neuer Unternehmen zu befördern, möchte Aigner die finanziellen Risiken der Investoren verringern, damit private Kapitalgeber stärker in Start-ups investieren. „Wir brauchen mehr Wagniskapital, denn eine Finanzierung durch Bankkredite funktioniert oft nicht.“ Fördern möchte sie auch Investitionen in die Digitalisierung, indem man die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter möglichst über 800 Euro hinaus erhöhe.

Die mittelständische Wirtschaft mit ihren vielen familiengeführten Betrieben, „von denen Deutschland und Bayern leben und die uns in der Finanzkrise vor größeren Verwerfungen geschützt haben“, müsse unbedingt erhalten werden, auch dann, wenn ein Generationenwechsel bevorsteht. Deshalb wünscht sich die CSU-Politikerin, die Erbschaftsteuer zu regionalisieren und in Bayern ganz abzuschaffen. **dhg**

Bayerns Wirtschaft ...

Toptrends der CeBIT 2017

Die diesjährige CeBIT in Hannover machte die rasant fortschreitende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erlebbar wie nie: vom Kleinbus, der dank künstlicher Intelligenz die Fragen von Passagieren beantwortet, über Drohnen, die Inspektionen an Industrieanlagen durchführen können bis zur Smart City mit ressourcenschonender Infrastruktur und neuartigen Dienstleistungen für den Bürger.

Ein ganzes Feuerwerk an technischen Innovationen entfachte das diesjährige Partnerland Japan, das mit rund 120 Unternehmen auf 7 200 Quadratmetern Ausstellungsfläche vertreten war – der größte Länderpavillon in der Geschichte der CeBIT. Ausrufezeichen im Programm der CeBIT setzten auch die Global Conferences mit mehr als 200 Sprechern auf drei Bühnen, darunter der führende japanische Robotik-Forscher Hiroshi Ishiguro, KI-Visionär Ray Kurzweil, der für die nächsten 15 Jahre die Verschmelzung von Mensch und Maschine voraussagt, und Social-Media-Spezialist Michal Kosinski mit provokanten Einschätzungen zum Thema Psycho-Targeting im Vorfeld politischer Wahlentscheidungen.

Der amerikanische Whistleblower Edward Snowden, der aus seinem russischen Exil per Live-Video zugeschaltet wurde, erklärte, dass es dank der fortschreitenden Ausbreitung von Verschlüsselungstechnologien für Angreifer inzwischen schwieriger sei, an Daten zu kommen. Doch das „goldene Zeitalter für Geheimdienste“ bleibe Realität.

Internet of Things: Das neue Business-Universum

Die intelligente Vernetzung von Maschinen, Infrastrukturen und Produkten der verschiedensten Anwendungswelten ebnet Unternehmen den Weg in die digitale Transformation. Wie weit die Entwicklung im Internet of Things bereits fortgeschritten ist, machte die CeBIT 2017 mit eindrucksvollen Showcases erlebbar – beispielsweise zum Thema Autonomes Fahren. So konnten die Besucher bei Vodafone sehen, wie Fahrzeuge über die neue Technologie LTE-V2X direkt miteinander kommunizieren können, damit Unfälle vermieden werden. Die stromsparende Technik Narrowband-IoT, die beispielsweise die Deutsche Telekom zur Vernetzung von Wohn- und Geschäftsgebäuden vorstellte, war ebenso ein Fokusthema wie der kommende Mobilfunkstandard 5G, der ab dem Jahr 2020 Milliarden von Maschinen und physischen Produkten den Datenaustausch in Echtzeit ermöglichen soll.

Wie der Energiespeicher Powerwall in einem vernetzten Haus zum Aufladen von Elektrofahrzeugen genutzt werden kann, demonstrierte der E-Mobility-Pionier Tesla auf der CeBIT. Und SAP zeigte am Beispiel eines Flughafenmodells, dass sich die Abläufe an einem Airport in Echtzeit auswerten lassen, um flexibel reagieren zu können – von der Warteschlange an der Sicherheitschleuse über die Bewegungen auf dem Flugfeld bis zu den Angebotsregalen der Shops.

Der Public Sector Parc machte deutlich, wie die Öffentliche Verwaltung Daten, die über das IoT gewonnen wurden, vermarkten oder per Serviceportal an die Bürger weitergeben kann – beispielsweise zur Feinstaubbelastung in einer bestimmten Straße. Auch der Gewinner des diesjährigen CeBIT Innovation Awards kommt aus dem IoT-Umfeld: Hinter der cleveren Smartphone-App von Plantix steht eine umfangreiche Datenbank, die bei Nutzpflanzen einen Schädlingsbefall oder Nährstoffmangel sichtbar macht.

Künstliche Intelligenz und selbst lernende Systeme waren weitere Megatrends der diesjähri-

gen CeBIT. Vor allem Aussteller aus Japan, das als führende Robotik-Nation gilt, zeigten den aktuellen Stand der Entwicklung. Highlights waren ein humanoider Roboter von Fujisoft, der in Fernost bereits in Seniorenresidenzen eingesetzt wird, und ein industrieller Roboterarm von Yaskawa, der eine flexible Interaktion mit der Umgebung ermöglicht.

Zu den gravierendsten IoT-Sicherheitsbedrohungen zählen unzureichend geschützte Verbindungen zwischen Maschinen und dem Web. Airbus Cybersecurity stellte auf der CeBIT ein sicheres Konzept für die Fernwartung mit umfangreichen Überwachungsfunktionen vor. Aussteller wie Cisco, Kaspersky Lab oder Trend Micro präsentierten ebenfalls neue Produkte zum Thema Datensicherheit, beispielsweise für die vernetzte Produktion, Smarte Städte sowie Unternehmen aus dem Mittelstand, die zunehmend ins Visier von Hackergruppierungen geraten.

Für große Aufmerksamkeit sorgte das „Haunted House“ von Sophos: Ein nachgebautes Smart Home machte ersichtlich, wie Cyberangriffe Haushaltgeräte wie einen Kühlschrank, eine Heizung mit digitaler Steuerung oder eine Videoüberwachungskamera angreifen können, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden. Der Präsident des Bundeskriminalamts, Holger Münch, mahnte bei seinem CeBIT-Auftritt eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Internetkriminalität an und zog einen plakativen Vergleich mit dem Fußballsport: Bei der Aufklärung solcher Straftaten agiere man teilweise noch wie eine Jugendmannschaft – „aber wir müssen in die Champions League!“.

Cloud Computing: Alles aus der Wolke

Ob Unternehmen, Anlagen oder Produkte: Cloud Computing vernetzt alles mit allem und macht das Internet der Dinge erst möglich. Auf der CeBIT standen neben cloudbasierten Diensten für Unternehmensprozesse aller Art wegen der bevorstehenden Abschaltung von ISDN besonders Lösungen aus dem Bereich Unified Communication as a Service im Vordergrund, die sämtliche Kommunikations-Tools in der Cloud bereitstellen, die Produktivität der Mitarbeiter erhöhen und Kostenvorteile bringen.

Eine komplette Messehalle belegte der Bereich Unmanned Systems & Solutions. Die große Flugarena zeigte live die vielfersprechendsten Einsatzmöglichkeiten der smart vernetzten Flugkörper zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Dabei reichten die vorgestellten Anwendungen von der Logistik über die Vermesungstechnik bis zum Einsatz in Katastrophengebieten.

So präsentierte der chinesische Hersteller Yuneec einen Flugroboter, der selbstständig Hindernisse erkennt und ihnen ausweicht, während ein weiteres Modell von Globe UAV Luftbilder in einem Radius von 30 Kilometern sammeln kann – dank Nachtsichtfunktion auch bei Dunkelheit. In direkter Nachbarschaft zu den Drohnen konnten sich CeBIT-Besucher über das Potenzial der Trend-Technologien Augmented & Virtual Reality für Industrie, Handel und Touristik informieren und sich mit den Anbietern professioneller Businesslösungen vernetzen.

Auch im Bereich Research & Innovation gab es spannende VR-Anwendungen für die Industrie zu sehen: Die Westsächsische Hochschule Zwickau stellte einen Schutzhelm mit integrierter Datenbrille vor, der mit Warnhinweisen die Sicherheit von Stahlarbeitern verbessern soll. Und Fraunhofer-Forscher haben ein Verfahren entwickelt, das große CAD-Modelle, die nicht auf ein gängiges Endgerät passen, mit Internet-Technologie in der erweiterten Realität sichtbar macht.

Auch in vielen weiteren Berei-

chen untermauerte die CeBIT 2017 ihre Bedeutung als weltweit wichtigste Veranstaltung für die Digitalisierung. So war in Hannover das revolutionäre Elektroauto e.GO Life zu sehen, das auf dem Campus der RWTH Aachen in durchgehend digitalisierten Prozessen entwickelt wurde und bald für rund 16.000 Euro in Serie gebaut werden soll.

Realität für CeBIT-Besucher wurde dagegen schon eine andere Vision: die Fahrt mit einem chauffeurlosen Bus über Teile des Messegeländes. Das „Smart Shuttle“ der Schweizer Post machte den ersten aufregenden Ausflug in die Zukunft des vollautonomen Fahrens möglich. □

Neuer Leiter der AKDB-Geschäftsstelle Landshut

Bei einem Festakt wurde der langjährige Leiter der Geschäftsstelle Landshut, Paul Englberger, in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger wird Georg Göbl, bisheriger Leiter der Geschäftsstelle Oberbayern. Bei dieser Gelegenheit gab die AKDB auch die Neuausrichtung ihrer Vertriebsstruktur bekannt.

Die AKDB wird ihre kommunalen Kunden zukünftig noch besser und effizienter beraten und betreuen. Am Rande des Festaktes nannte der Vorstand der AKDB „maximale Kundennähe“ als Ziel des Neuzuschnitts der Vertriebsgebiete.

So bilden seit 1. Januar 2017 die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz sowie die Regierungsbezirke Oberfranken und Mittelfranken jeweils eine gemeinsame Vertriebsregion. „Wir nutzen auf diese Weise weitere Synergieeffekte, stärken die Präsenz bei unseren Kunden und bündeln das Know-how. An der Anzahl der Mitarbeiter, die täglich für unsere Kunden da sind, wird sich nichts ändern“, versicherte der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth.

In seiner Laudatio bedankte sich Schroth für Englbergers Einsatz: „Nicht zuletzt der Tatkraft von Paul Englberger hat die AKDB ihre Erfolgsgeschichte in der Region Niederbayern zu verdanken.“

Sein Nachfolger Georg Göbl ist bereits seit 1983 bei der AKDB beschäftigt. Der gebürtige Niederbayer ist Vertriebsprofi aus Leidenschaft, der bis Ende 2016 die Geschäftsstelle Oberbayern in München leitete. □

AKDB auf der CeBIT:

Synergien für Kommunen, Bürger und Wirtschaft

Innovationen auf der CeBIT: Für den Bürgerbüro-Arbeitsplatz der Zukunft hat die AKDB ihre neue Produktgeneration SYNERGO® weiterentwickelt. Mit der integrativen Arbeitsumgebung lässt sich ein Großteil aller gängigen Bürgeranliegen im Publikumsverkehr schnell und effizient erledigen. Am Stand des Bundesinnenministeriums konnten sich Messebesucher zudem davon überzeugen, wie übergreifend man digitale Servicekonten bei seiner Behörde nutzen kann.

Mit dem Unternehmenskonto, der digitalen Identität für juristische Personen, sind Mitarbeiter von Unternehmen in der Lage, digital verbindlich gegenüber der Behörde tätig zu werden. So können Vermieter, zum Beispiel Wohnbaugesellschaften, den Einzug meldepflichtiger Personen über die Wohnungsgeber-Bestätigung online an die Behörde übermitteln. Eine andere Anwendung ist die medienbruchfreie Abmeldung für das Kfz-Massengeschäft.

Am selben Messestand ging es auch um die Interoperabilität von Servicekonten: Die landesübergreifende Zusammenarbeit digitaler Servicekonten stellt eine wesentliche Weiterentwicklung durchgängiger EGovernment-Lösungen dar. Vorgestellt wurde die Lösung Servicekonto Bayern, die sogenannte BayernID. Beispiel: Ein Bürger hat in Bayern ein Bürgerkonto angelegt und kann nun in Nordrhein-Westfalen über dasselbe Bürgerkonto eine Geburtsurkunde anfordern.

Ebenfalls in Halle 7 präsentierte die AKDB-Vertriebtochter komIT Lösungen für alle Belange der kommunalen Verwaltung und in diesem Zusammenhang die modernen Bürgerbüro-Arbeitsplätze der Zukunft. In Kom-

munen wird der Ruf nach integrierten und fachamtsübergreifenden IT-Lösungen immer lauter – die Zeiten isolierter Fachverfahren gehören zunehmend der Vergangenheit an. Für eine einheitliche Arbeitsumgebung hat die AKDB neben dem Verkehrs-, Sozial- und Gewerbeswesen auch ihre Einwohnermeldesoftware OK.EWO in die SYNERGO®-Gesamtstrategie eingebettet.

Neu entwickelte Bedieneroberflächen, eine prozessgestützte Fallbearbeitung und individuell konfigurierbare Startseiten erleichtern die effiziente Bearbeitung aller gängigen Bürgeranliegen. Außerdem können Bürgerbüro-Mitarbeiter mit einer stetig steigenden Anzahl von Online-Diensten des Bürgerservice-Portals der AKDB – Stichwort 24x7 E-Government – interagieren. Der Synergieeffekt zeigt sich unter anderem darin, dass sich Wohnsitz, Kraftfahrzeug und Gewerbe in einheitlicher Arbeitsumgebung an-, um- sowie abmelden lassen – inklusive zentraler Gebührenberechnung und -zahlung.

SYNERGO® ist an den Nutzerarbeitsplätzen installationsfrei beziehbar, Programme und Sicherheitsupdates werden automatisch eingespielt. □

Teamplayer.

Der Bürgerbüro-Arbeitsplatz powered by SYNERGO®



Die Zukunft der Verwaltung findet jetzt statt.

Die neu entwickelten Fachverfahren auf Basis der SYNERGO®-Produktgeneration überzeugen nicht nur durch den Einsatz modernster Technologiestandards, sondern sind durch einheitliche Bedienkonzepte schnell erlernbar. Der Name ist Anspruch und Programm: Synergien über alle Fachbereiche hinweg. Überzeugen auch Sie sich, wie teamfähig und integrativ der Verwaltungs- und Bürgerbüro-Arbeitsplatz der Zukunft ist.

Würzburger Wirtschaftsdialog 2017:

Digitalisierung, Gründerszene und 5,2 Millionen Euro

Der von der Stadt Würzburg organisierte 2. Würzburger Wirtschaftsdialog stand unter dem Oberthema „Digitalisierung und Wirtschaft 4.0“. Einer der Höhepunkte des Abends war die Übergabe eines millionenschweren Förderbescheids für das neue Zentrum für Digitale Innovationen (ZDI) Mainfranken durch Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner.

„Wir haben den Würzburger Wirtschaftsdialog im letzten Jahr als besondere Gelegenheit zum Meinungs- und Informationsaustausch ins Leben gerufen. Darüber hinaus soll die Veranstaltung auch ein Zeichen unserer Wertschätzung der regionalen Wirtschaft sein“, betonte eingangs Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt vor rund 220 Gästen aus Mainfrankens Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung.

Den Wandel gestalten

Ehregast Ilse Aigner hob in ihrer Rede hervor: „Wir müssen den digitalen Wandel annehmen und gestalten.“ Deshalb habe der Freistaat das bundesweit beispiellose Programm „Bayern Digital“ ins Leben gerufen. 80 Millionen Euro aus dem insgesamt zwei Milliarden Euro schweren Fördertopf zielen auf die Implementierung von digitalen Gründerzentren. Über 5,2 Millionen Euro aus diesem Bereich werden in den kommenden Jahren auch nach Mainfranken fließen.

Leuchtturmprojekt für die mainfränkische Wirtschaft

Das Geld wird dem Aufbau des Zentrums für Digitale Innovationen (ZDI) Mainfranken dienen. Das Leuchtturmprojekt soll die Digitalisierung in der regionalen Wirtschaft weiter ankurbeln, indem es Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen noch besser miteinander

vernetzt. Neben der Organisation von Workshop-, Netzwerk- und Fortbildungsveranstaltungen wird sich das Zentrum in den kommenden Jahren auch in drei Gebäuden im Würzburger Stadtteil Hubland manifestieren: dem Ideenlabor, dem Gründerlabor und dem Inkubator.

Ergebnis einer mustergültigen Kooperation

„Die Digitalisierung bringt auch in das Gründungsgeschehen eine nie dagewesene Bewegung. Im ZDI Mainfranken bündelt eine ganze Region ihre Gründerdynamik“, lobte Ministerin Aigner. Generell zeigte sie sich begeistert von dem in diesem Projekt demonstrierten mainfränkischen Kooperationsfähigkeit. So genießt das ZDI Mainfranken auf der regionalpolitischen Ebene nicht nur die Unterstützung der Stadtoberhäupter in Bad Kissingen, Schweinfurt und Würzburg, sondern auch die Landräte der Region stehen voll hinter dem Vorhaben. Es handelt sich um eine Regionalinitiative.

Partner des ZDI

Zentrale Partner des ZDI Mainfranken auf der operativen Ebene sind die Würzburger Universität, die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt, die IHK Würzburg-Schweinfurt, das Rhön-Saale Gründer- und Innovationszentrum, das Technologie- und Gründerzentrum Würzburg, das Inno-

vations- und Gründerzentrum (IGZ) Würzburg sowie das Gründer-, Innovations und Beratungszentrum Schweinfurt. Auch die Region Mainfranken GmbH unterstützt das Vorhaben. Hinzu kommen 33 mainfränkische Fir-

Vorbereitung der elektronischen Rechnungsverarbeitung

Handreichung des Deutschen Landkreistags für Kommunalverwaltungen

Der digitale Wandel stellt die öffentlichen Verwaltungen mit ihren vielfältigen Aufgaben gerade im Kontakt mit Bürgern und Unternehmen vor neue Herausforderungen und erfordert Anpassungen auch in den (internen) Verwaltungsprozessen. Dabei kommt es insbesondere darauf an, dass sich Wirtschaft und Verwaltung einer einheitlichen „digitalen Sprache“ bedienen. Hierzu gilt es, frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen. Aspekte wie Wirtschaftlichkeit und Transparenz, Prozessklärung und Schnelligkeit treten dabei in den Vordergrund.

Mit einer aktuellen Handreichung will der Deutsche Landkreistag die Landkreise dazu ermutigen, sich dieses Thema im Hinblick auf die elektronische Rechnungsbearbeitung anzunehmen. Der erste Teil der Schriftenreihe gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand, die Grundlagen und Vorteile einer elektronischen Rechnungsbearbeitung. Ein weiterer Teil ist in Vorbereitung und wird sich mit Fragen der rechtlichen, technischen und organisatorischen Umsetzung eines elektronischen Workflows in der öffentlichen Verwaltung befassen.

Entbürokratisierung

Die elektronische Rechnung birgt in vielerlei Hinsicht großes Potenzial. Neben dem Kostensenkungspotenzial werden Prozesse durch die automatisierte

men, die als Sponsoren einen großen Teil der Finanzierung des Zentrums sicherstellen. Die Federführung liegt beim Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing der Stadt Würzburg und dem IGZ Würzburg. Stellvertretend für all diese Beteiligten durfte Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt beim Würzburger Wirtschaftsdialog den Förderbescheid über genau 5.227.415,07 Euro für das ZDI Mainfranken aus der Hand der Ministerin entgegennehmen. □

Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung:

Wolfgang Bauer ist neuer Präsident

Die 1.080 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung haben einen neuen Chef. Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder führte Wolfgang Bauer mit „herzlichen Glückwünschen zu Ihrer Bestellung“ in sein Amt ein. Bauer, Jahrgang 1970, leitete seit 2008 verschiedene IT-Referate im Finanzministerium – zuletzt war er für die IT-Strategie, IT-Sicherheit und IT-Infrastruktur verantwortlich.

Im Rahmen des Festakts verabschiedete Söder gleichzeitig den bisherigen Präsidenten Dr.-Ing. Klement Aringer in den Ruhestand. Unter seiner Leitung entwickelte sich die Behörde zum heutigen modernen Landesamt. In Anerkennung seiner besonderen Verdienste um das Vermessungswesen in Bayern verlieh ihm Söder die Soldnermedaille. □

KGSt-Umfrage:

Wie nutzen Kommunen Social Media?

Die Social Media-Nutzung in deutschen Kommunen haben Cassini Consulting, die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und die Universität Kassel in einer Online-Umfrage untersucht. Das Ergebnis: Für die öffentliche Verwaltung gewinnen Social Media wie Wikis, Foren, Soziale Netzwerke, Content Communities, Mikroblogs, Messenger-Dienste oder Blogs zunehmend an Bedeutung. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig: Sie reichen von der einfachen Informationsverbreitung über die positive Imagepflege bis hin zur Kommunikation und Kooperation mit Bürgern, Vereinen, Unternehmen oder anderen Behörden.

Der Anteil der Kommunen, die Social Media für die externe Kommunikation und Zusammenarbeit einsetzen, steigt weiter. 64 Prozent der antwortenden Kommunen nutzten 2016 Social Media. 2013 waren es 54 Prozent. Damit sind Social Media ein relevanter Kanal, um Bürger, Vereine oder Unternehmen zu erreichen. Umgekehrt eröffnen Kommunen damit einen weiteren Kanal, über den sie für Externe erreichbar sind. Ausgehend von den Angaben zur geplanten Nutzung ist anzunehmen, dass dieser Aufwärtstrend auch in den nächsten Jahren anhalten wird.

Wenngleich Social Media-Instrumente eine relativ „junge“

nutzungseingang oder werden die Lieferanten zukünftig die Rechnungen der nachgeordneten Einrichtungen auch an das zentrale E-Mail-Eingangspostfach senden? Über welches Verfahren soll ein Rechnungseingangsbuch/Postmanagement geführt werden? Welche Signaturen und Signaturverfahren sollen in der Verwaltung eingesetzt werden?

Plädoyer für DMS

Um elektronische Prozesse effizient und effektiv zu nutzen, bedarf es weiterer Überlegungen zur technischen Ausstattung der Verwaltung. Spätestens am Ende der Prozesskette der elektronischen Rechnungsbearbeitung und elektronischen Anordnung dieser Rechnung ist es erforderlich, Dokumente in einem DMS revisionssicher abzulegen. Sofern in der Verwaltung ein solches Verfahren noch nicht vorgehalten wird, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um sich mit diesem Thema intensiv auseinanderzusetzen und ggf. eine Ausschreibung zur Beschaffung eines solchen Systems im Hinblick auf die Fortschreibung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen vorzubereiten.

Wenn alle zuvor beschriebenen Überlegungen und Prozesse greifen und ein klares Bild vermitteln, sind alle Mitarbeiter, die in die elektronischen Prozesse einer medienbruchfreien Rechnungsbearbeitung einzubinden sind, schrittweise über die bevorstehenden Arbeitsabfolgen zu informieren, zu schulen und aktiv in Testabläufe einzubinden. Dies schafft Vertrauen und Transparenz und beugt Berührungängsten vor. **DK**

Entwicklung sind, haben nicht wenige Kommunen bereits seit mehreren Jahren Erfahrung in diesem Bereich: Rund ein Viertel der Kommunen, die Social Media nutzen, sind länger als vier Jahre aktiv.

Die meisten Kommunen nutzen Social Media für externe Zwecke. Nur neun Prozent der Befragten gaben an, dass sie Social Media auch intern einsetzen. Das mit Abstand am weitesten verbreitete Social Media-Instrument sind die sozialen Netzwerke.

Gründe für fehlenden Einsatz

Die Kommunen, die keine Social Media einsetzen, wurden nach den Gründen hierfür befragt: Solche, die Social Media nicht für externe Zwecke nutzen, führten ähnlich wie drei Jahre zuvor mangelnde Ressourcen (60 Prozent), ungeklärte Rechtsfragen (50 Prozent), die mangelnde Kontrolle über Inhalte (44 Prozent) sowie ungeklärte Sicherheitsfragen (43 Prozent) als Ursachen an.

Die Kommunen, die Social Media nicht für interne Zwecke nutzen, gaben ebenfalls mangelnde Ressourcen (43 Prozent) als einen wesentlichen Grund an. Darüber hinaus ist vielen Kommunen der Nutzen einer internen Verwendung von Social Media-Instrumenten unklar (40 Prozent).

Potenziale werden nicht ausgeschöpft

Social Media werden häufig genutzt, um Informationen - zum Beispiel zu Veranstaltungen - weiterzugeben. Zahlreiche Kommunen verbreiten auch ihre Pressemitteilungen über soziale Medien. Insgesamt bestätigt sich das Bild der letzten Umfrage aus dem Jahr 2013, dass viele Kommunen die Potenziale von Social Media zur Vernetzung, Kommunikation und Kooperation nicht ausschöpfen, sondern diese vor allem als einen weiteren Kanal zur Informationsverbreitung nutzen.

Veränderungen gegenüber 2013 sind die gewachsene Bedeutung von Social Media für die Krisenkommunikation, als Instrument zur Steigerung der Bürgerbeteiligung und als „Stimmungsbarometer“. Schulungsangebote zu Social Media stehen in den meisten Kommunen nicht zur Verfügung. **DK**

TV BAYERN ★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Breitbandausbau in Bayern:

Mit großen Schritten vorwärts

Der Ausbau von schnellem Internet läuft in Bayern weiterhin auf Hochtouren. In jüngster Zeit haben 22 Gemeinden aus Mittelfranken, 19 aus der Oberpfalz, 22 aus Schwaben, 29 aus Niederbayern, 10 aus Oberfranken, 32 aus Unterfranken und 55 Gemeinden aus Oberbayern Breitband-Förderbescheide aus den Händen von Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder sowie Finanzstaatssekretär Albert FÜRACKER erhalten.

„Breitband ist Zukunft. Nur wo Breitband vorhanden ist, werden Arbeitsplätze entstehen und erhalten. Ziel sind hochleistungsfähige Breitbandnetze mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s. Hierfür stellt der Freistaat Bayern bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung - eine bundesweit einzigartige Summe“, betonte Söder. „Unsere Breitbandförderung ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums. Der Anschluss an die Datenautobahn stärkt die ländlichen Regionen und die Heimat“, ergänzte FÜRACKER.

Insgesamt 8,2 Millionen Euro Förderung erhielten 22 Gemeinden aus Mittelfranken. Mit 202 Gemeinden befinden sich dort 96 Prozent im Förderverfahren. 165

Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 64,6 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 148,65 Millionen Euro für Mittelfranken ist aber noch offen. „Investieren Sie weiter in den zukunftsweisenden Ausbau des schnellen Internets“, appellierte Söder.

Oberpfalz

19 Gemeinden aus der Oberpfalz wurden mit insgesamt 7,1 Millionen Euro Förderung bedacht. Mit 222 Gemeinden befinden sich dort bereits 98 Prozent im Förderverfahren. 199 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 92,1

Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal rund 180 Millionen Euro für die Oberpfalz ist aber noch offen. „Seit Übernahme der Verantwortung durch das Heimatministerium verbesserte sich die Versorgung mit schnellem Internet in der Oberpfalz bereits von 46 auf 60,4 Prozent der Haushalte“, hob FÜRACKER hervor.

Schwaben

22 Gemeinden aus Schwaben können sich nunmehr über insgesamt 6,9 Millionen Euro Förderung freuen. Mit 325 Gemeinden befinden sich dort 96 Prozent im Förderverfahren. 206 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 74,8 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von insgesamt 232,95 Millionen Euro für Schwaben ist aber noch offen.

Eine Förderung in Höhe von insgesamt 12,7 Millionen Euro be-

kamen 29 Gemeinden aus Niederbayern. Mit 256 Gemeinden befinden sich dort bereits 99 Prozent im Förderverfahren. 238 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 110,1 Millionen Euro zugesagt. Ein Teil der Fördermittel von maximal rund 216,67 Millionen Euro für Niederbayern ist aber noch offen.

Insgesamt 3,9 Millionen Euro Förderung erhielten 10 Gemeinden aus Oberfranken. Damit befinden sich alle 214 oberfränkischen Gemeinden im Förderverfahren. 188 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 91,7 Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal rund 154,4 Millionen Euro für Oberfranken ist aber noch offen.

32 Gemeinden aus Unterfranken wurden mit einer Förderung von insgesamt 6,9 Millionen Euro bedacht. Mit 295 Gemeinden befinden sich hier derzeit 96 Prozent im Förderverfahren. 223 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt mehr als 65,1 Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal 127,2 Millionen Euro für Unterfranken ist aber noch offen.

Für 55 Gemeinden aus Oberbayern konnten schließlich insgesamt 19,4 Millionen Euro Förderung bereitgestellt werden. „Damit haben bereits 1.526 Gemeinden und mehr als zwei Drittel aller bayerischen Kommunen einen Förderbescheid erhalten“, freute sich Finanz- und Heimatminister Söder.

Oberbayern

Mit 466 Gemeinden befinden sich in Oberbayern 93 Prozent im Förderverfahren. 304 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt mehr als 111,3 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 365,7 Millionen Euro für Oberbayern ist aber noch offen.

Bayernweit sind bereits über 96 % (1.980) aller Kommunen in das bayerische Förderverfahren eingestiegen. 1.526 Kommunen starten mit einer Gesamtfördersumme von über 610,5 Millionen Euro in den Breitbandausbau. Viele Gemeinden gehen mehrfach in das Verfahren, um schrittweise eine hohe Flächendeckung und besonders zukunftssichere Glasfasernetze bis in die Gebäude zu erreichen. Allein bei den bisher im Ausbau befindlichen Projekten werden über 27.000 km Glasfaserleitungen verlegt. Damit können künftig weitere über 600.000 Haushalte mit schnellem Internet versorgt werden, vor allem im ländlichen Raum. Wichtige Hilfe für die Kommunen ist die Beratung durch die Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. In

Glasfasernetz in München wird weiter ausgebaut

Start einer gemeinsamen Kampagne von SWM und M-net

Nicht nur immer mehr Münchner nutzen das moderne Glasfasernetz der Stadtwerke München und M-net. Wer über dieses Netz ins Internet geht, lädt auch immer mehr Daten über seinen Anschluss. So bezieht jeder Glasfaserkunde von M-net durchschnittlich 120 Gigabyte pro Monat – ein Spitzenwert in Deutschland. Dies entspricht der Datenmenge von über 1.700 Stunden Musikstreaming oder rund 65 Stunden Videostreaming in HD-Qualität.

2016 verbrauchte ein durchschnittlicher deutscher Haushalt pro Monat 37 Gigabyte, so neueste Zahlen des Statistik-Portals statista. Für M-net-Glasfaserkunden liegt dieser Wert mehr als dreimal so hoch – fast 120 Gigabyte verbraucht der durchschnittliche Haushalt mit einem M-net Internetanschluss, bei dem die Glasfaserleitung bis ins Haus reicht. Dieser massive Datenhunger bestätigt eine bei M-net mit dem stetigen Wachstum der verfügbaren Highspeed-Internetanschlüsse seit Jahren vorherrschende Entwicklung: Wo hohe Internetbandbreiten verfügbar sind, werden sie auch genutzt.

„Mit einem Glasfaseranschluss eröffnen sich dem Kunden völlig neue Möglichkeiten. Zum Beispiel paralleles Videostreaming in HD- und Ultra-HD Qualität auf mehreren Geräten oder das Archivieren von Urlaubsfotos in der Cloud. Mit der Digitalisierung über 7.500 persönlichen Gesprächen wurde jede Gemeinde beraten.

Eine besondere Herausforderung beim Ausbau des schnellen Internets sind Kommunen mit sehr vielen Streusiedlungen. Daher sollen diese Gemeinden bei künftigen Ausbauprojekten zusätzlich mit einem „Höfebonus“ unterstützt werden. Der Fördersatz der Kommunen wird für künftige Projekte auf 80 Prozent angehoben und der Förderhöchstbetrag erhöht. Ein besonderes Augenmerk liegt beim Höfebonus auf einem hohen Anteil direkter Glasfaseranschlüsse in die Gebäude (FTTB).

Mit der neuen „Gigabit-Initiative“ will der Freistaat Bayern zudem eine pilothafte „Gigabit-Förderung“ in ausgewählten Gewerbegebieten angehen. Unternehmen benötigen jetzt schon direkte Glasfaseranschlüsse und höhere Bandbreiten als 30 Mbit/s, damit sie im globalen Wettbewerb nicht den Anschluss verlieren. Nach EU-Vorgaben ist eine Förderung bisher nicht zulässig, wenn ein Gebiet bereits mit 30 Mbit/s erschlossen ist, weil diese Geschwindigkeit laut EU als „schnelles Internet“ gilt. Daher soll in Gesprächen mit der EU-Kommission das weitere Vorgehen hin zu einer Gigabit-Förderung in Bayern abgestimmt werden. **DK**

unseres Alltags wird der Bedarf an schnellen und stabilen Internetleitungen auch künftig spürbar steigen. Und diese Entwicklung zeichnet sich schon heute klar ab: Die Gesamtmenge an Daten, die wir durch unser Netz transportieren, verdoppelt sich etwa alle anderthalb Jahre“, erklärt Dorit Bode, Sprecherin der M-net Geschäftsführung.

Vermarktungskampagne mit SWM

Die stetig fortschreitende Digitalisierung steht auch beim größten M-net-Gesellschafter, der SWM, auf der Agenda ganz weit oben. So soll das Glasfasernetz und damit auch M-net eine zentrale Rolle auf dem Weg Münchens zu einer Smart City einnehmen. Eine gemeinsame Vermarktungskampagne ist hierfür der Startschuss. Dazu Erna-Maria Tixl, SWM Geschäftsführerin Vertrieb: „Die SWM und M-net bestreiten seit vielen Jahren erfolgreich den Glasfaserausbau in München. Die schnellen Netze und die darauf aufsetzenden professionellen Highspeed-Internet-Lösungen von M-net sind eine Art zentrales Nervensystem einer prosperierenden, zukunftsfähigen Stadt. Mit einer gemeinsamen Vermarktungskampagne wollen wir nun unser gemeinsames Agieren noch deutlicher zum Ausdruck bringen.“

Seit 2010 errichten die SWM und M-net ein zukunftsicheres Glasfasernetz in der Landeshauptstadt. Im Sommer 2016 fiel der Startschuss für die Erweiterung des Netzes außerhalb des Mittleren Rings. Aktuell werden die Stadtteile Hasenberg und Harthof ausgebaut. Demnächst rücken die Bautrupps in gleich sechs weiteren Gebieten an, nämlich in Teilen von Laim, Schwabing und Sendling sowie der Messestadt Riem und Freiam. Im Juli starten die Bauarbeiten dann auch in Hadern.

Insgesamt wollen die SWM und M-net bis 2021 über 620.000 private Haushalte und Gewerbebetriebe mit Glasfaser erschließen. Damit stehen dann in rund 70 Prozent aller Haushalte schnelle Internetanschlüsse zur Verfügung. Langfristig soll ganz München flächendeckend mit Glasfaser erschlossen werden. **□**

Langmatz-Breitband-Symposium und Open House in Garmisch-Partenkirchen:

Digitalisierung erfordert schnelleren Ausbau der Breitbandnetze

Bereits im sechsten Jahr in Folge bot die malerische Alpenkulisse der Zugspitzregion den attraktiven Rahmen für eine der wichtigsten Veranstaltungen der Glasfaserbranche: Das von der ortsansässigen Langmatz GmbH ins Leben gerufene und jährlich einmal stattfindende Breitband-Symposium. Mehr als 400 Teilnehmer aus Deutschland und anderen europäischen Ländern kamen dieses Jahr zusammen, um sich im Kongress-Haus von Garmisch-Partenkirchen zu spannenden Themen rund um die Entwicklung von Breitbandnetzen und deren Vermarktung auszutauschen und am Open House im Werk Oberau teilzunehmen.

Dort hatten die Besucher am zweiten Tag Gelegenheit, sich über alle Neuheiten zum Aufbau und Betrieb von Glasfasernetzen zu informieren und bei verschiedenen Workshops mitzumachen. Auch die Langmatz GmbH präsentierte in Oberau ihre aktuellen Entwicklungen, wie den neuen Glasfaserhaupt- und Netzverteiler sowie den kompakten GF-AP, mit denen ein Netzausbau modular und wirtschaftlich erfolgen kann.

„Ich freue mich, dass die Resonanz zum Breitband-Symposium dieses Jahr so groß ist. Mehr als 400 Teilnehmer und 19 Partnerfirmen belegen die Attraktivität von FTTx“, erklärte Stephan Wulf, Vorsitzender der Geschäftsführung von Langmatz. Im Anschluss an seine Eröffnungsrede, in der er auch einen kurzen Rückblick in das für Langmatz besonders erfolgreiche Jahr 2016 gab – das Unternehmen konnte dank neuer Produkte und Märkte die 70 Millionen-Umsatzmarke knacken –, begannen die Vorträge.

Nachfrage für FTTB/H hinkt hinterher

Wolfgang Heer, Geschäftsführer Bundesverband Glasfaseranschluss e.V. (BUGLAS), machte mit seinem Thema „Best Practice: Wie Wholesale auf FTTB/H-Netzen zu höheren Deckungsbeiträgen und besseren Netzauslastungen führt“, den Auftakt. Er wolle den Unternehmen, die Glasfasernetze errichten und betreiben, mit seinem Vortrag Anregungen geben, intensiver darüber nachzudenken, ob sich der FTTB/H-Ausbau (Fibre-to-the-Building, Fibre-to-the-home) dadurch beschleunigen lassen könnte, indem man nicht nur sein Netz gegenüber Privatkunden, Geschäftskunden und Wohnungswirtschaft vermarktet, sondern auch gegenüber den großen Vorleistungsnachfragern. Ein gemeinsames Vorgehen, das Aufbau, Vertrieb und Vermarktung auf mehreren Schultern verteilt, sei der einzige Weg, den Breitbandausbau zu beschleunigen, betonte er. In Deutschland sei

mit einer Anbindung von 1,6 Prozent der Haushalte an FTTH/B die Nachfrage noch sehr gering und „hinkt hinterher“. Im EU-Durchschnitt liegt dieser bei 9,4 Prozent. Es gebe aber derzeit einen Paradigmenwechsel: Marktteilnehmer erkennen, dass durch eine Kooperation von Wholesaler (ich habe ein Netz und biete ein Vorleistungsprodukt an) und Wholebuyer (ich kaufe ein Vorleistungsprodukt ein) es am Ende nur Gewinner gibt: die Infrastrukturanbieter, die Wholebuyer und die Endkunden – so sein Credo.

Wo sich die Branche nach einem Jahr Bundesförderung befindet, verortete Christoph Bechtel, Projektleiter bei der GEO DATA GmbH, in seinem munteren Vortrag „Wo sich Wunsch, Planung und Realität ein Stelldichein geben“. Dass es seit dem November 2015 in Deutschland, dem Start der Bundesförderung für Infrastrukturprojekte mit einem heutigen Volumen von vier Milliarden Euro, mit dem Ausbau der Breitbandnetze nicht mehr so ruhig zugeht wie zuvor, schilderte er aus der Perspektive eines Planers.

Der Frage, ob es sich bei den Digital Natives (deutsch: digitaler Ureinwohner), um die Gesellschaft von morgen handelt, ging Nico Meurer, Entwickler und Planer bei der Telekom Deutschland GmbH, nach. Als Infrastrukturanbieter zeigte er in seinem Referat aber auch auf, welche technischen Herausforderungen bestehen, die steigenden Datenvolumen zu beherrschen.

Laut Meurer baut die Telekom jährlich rund 30.000 Kilometer Glasfaser in Deutschland aus. Damit gehe eine zukunftsfähige Planung des IP-Backbone-Netzes einher, die hochperformante und leistungsfähige LS- und LE-Router erfordere.

Bei dem Vortrag von Gerhard Lehmann, Vertriebsleiter Opternus GmbH, ging es darum, wie eine höhere Bandbreite auf bestehenden Netzen mit dem Wellenlängenmultiplexverfahren (WDM) zu erzielen ist. FTTB und FTTC sind aus seiner Sicht nur

Übergangslösungen. Im Rahmen der WDM-Technik, bei der jeder Teilnehmer eine eigene Wellenlänge bekommt, sei bereits heute ein Übertragungssystem mit 10G (AON, PON) möglich. „Gigabit-Verbindungen nach Hause werden zuverlässig nur über Glasfaser möglich sein“, so Lehmanns Fazit.

Dass mit der vierten industriellen Revolution, Industrie 4.0, auch im Bereich Kabelverlegung eine neue Zeit angebrochen ist, schilderte Thomas Vetter, Geschäftsführer der Vetter GmbH. Auf Grund der Probleme, die bei der Verlegung von Glasfasern entstehen können, wie etwa der Qualität der Mikroröhrenverlegung, der Einblasfähigkeit von Mini- und Mikrokabeln, der verwendeten Technik sowie der Frage der Erfahrung und praktischen Fähigkeiten des Teams, entsprechen nur ein vollautomatisches Kabeleinblasgerät dem Anspruch von Industrie 4.0.

Nachhaltiges Produkt

Bereits vor über zehn Jahren wurde bei Langmatz begonnen, über die ökologische Weiterentwicklung von Material und Alternativen für fossile Rohstoffe nachzudenken, berichtete Josef Lohr von Langmatz in seinem Vortrag. Daraus entstand 2010 in Zusammenarbeit mit dem SKZ (Das Kunststoff-Zentrum) ein von der Bayerischen Forschungsstiftung gefördertes Projekt, das die Einsatzmöglichkeiten von naturfaserverstärktem Kunststoff für nachhaltige Infrastrukturprodukte untersuchte.

Nach fünf Jahren Forschungszeit sei daraus ein kurz vor der Serienreife stehendes Produkt entstanden: Ein nachhaltiger Kabelschacht aus „Ecopolytec“, einem Verbundstoff, der einen Anteil von 45 Prozent Holzfasern hat. Der Schacht aus WPC (Wood-Plastic-Composite) hat nicht nur die gleiche Stabilität wie ein Schacht aus PP-Compound, sondern zusätzlich eine unschlagbare Ökobilanz.

Einen interessanten Einblick in die Dynamik der boomenden Gaming-Branche und deren Anforderungen an starke Breitbandnetze gewährte schließlich Tobias Haar, Vorstandssprecher des Bundesverbands Interaktive Unterhaltungssoftware e.V. (BIU). Schnell wurde dabei deutlich, warum die Computer- und Video-Spiel-Branche idealer Weise Gigabit-Netzwerke braucht. **□**

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

M-net
Mein Netz

18. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Bewegte Zeiten

Gemeinsam mit den Partnern AU Consult GmbH, bifa Umweltinstitut GmbH und Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU) veranstaltete der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e.V. die 18. Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg. Neben dem Update zu abfallrechtlichen und deponietechnischen Fragestellungen diente die Veranstaltung auch dem Austausch zwischen Anlagenbetreibern, entsorgungspflichtigen Körperschaften, Genehmigungsbehörden, Fachbüros und Fachanwälten.

Die Abfallwirtschaft hat bewegte Zeiten hinter sich: Von Schaumbergen auf den Flüssen und der völlig ungeordneten Müllablagerung in der Natur hin zu einer sauberen Landschaft mit einer geregelten Müllabfuhr und Entsorgung der auf vielfältigen Wegen eingesammelten Abfälle und Wertstoffe. Dennoch hat die Kreislaufwirtschaft ein negatives Image. Abfallwirtschaftliche Themen werden stets hoch emotional diskutiert, egal ob auf politischer, wirtschaftlicher oder privater Ebene.

In der Zusammenarbeit mit der kommunalen Seite plädiert die private bayerische Abfallwirtschaft – neben einer sachlichen Diskussion über Wirtschaftlichkeitsaspekte – grundsätzlich für Fairness und Vertrauen, betonte Otto Heinz, Präsident des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS). Er monierte jedoch, dass das Verhalten einzelner Landkreise die grundsätzlich positive partnerschaftliche Zusammenarbeit erschwere. Denn Kommunen, die bei öffentlichen Ausschreibungen ausschließlich auf den billigsten Preis fixiert sind, provozieren Probleme in der Dienstleistungsqualität, die dann auf alle privaten Entsorger zurückfallen. Ebenso sei der schlechende Trend zur Rekommunalisierung der Haumüllabfuhr eine Belastung für eine vertrauensvolle, gemeinsame Zielerreichung.

Als wesentlichen Ansatz für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit stellte der VBS-Präsident das Projekt „Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche“ vor. Die gemeinsam von Bayerischem Landkreistag, Bayerischem Städtetag, dem Auftragsberatungszentrum Bayern und dem VBS entwickelten Orientierungshilfen bieten eine Hilfestellung für kommunale Auftraggeber, um eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherzustellen. Eine konsequentere Anwendung der Orientierungshilfen wäre in beiderseitigem Interesse. Aus Sicht des VBS ist insbesondere eine Wertungsmatrix ein sinnvolles Instrument, um bei öffentlichen Ausschreibungen neben dem Preis ökologische und soziale Kriterien als Zuschlagskriterien heranzuziehen zu können.

Erfolge in der Ressourcenbewirtschaftung brauchen einen ordnungsrechtlichen Rahmen, echte Verwertung findet aber nur dort statt, wo es etwas zu verdienen gibt. Letztlich, so die einhellige Meinung der Teilnehmer an der Podiumsdiskussion „Kreislaufwirtschaft 2030 – wo geht es hin“, gebe es keinen Wettbewerb um den besten Umweltschutz, sondern nur um den besten Preis.

Wie Dr. Monika Kratzer vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hervorhob, sei Bayern bei den Verwertungsquoten mit rund 65 % mit an der Spitze im bundesweiten Vergleich. Kratzer plädierte allerdings auch für eine offene Herangehensweise ohne Denkverbote, die alle Entwicklungschancen zur Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum zulasse.

Dr. Andreas Jaron vom Bundesumweltministerium wies darauf hin, dass weitere Steigerungsraten in der Verwertung nur noch schwer gehoben werden können und die eingeführten Getrennterfassungssysteme den Verbraucher nicht überfordern dürfen.

Die Podiumsteilnehmer waren sich darin einig, dass die globalisierte, industrielle Produktion und der dadurch verursachte globale Einsatz von immer neuen Materialien die Einrichtungen der Kreislaufwirtschaft vor teilweise große Probleme stellt. Allerdings seien Verbote nicht der richtige Weg, profitierten doch alle vom freien, länderübergreifenden Warenverkehr. Gefragt sei freilich auch der Verbraucher, der mit seiner Nachfrage und bewusstem Einkaufsverhalten die Marktentwicklung mit steuern kann. Der Kauf nachhaltig erzeugter und qualitativ hochwertiger Produkte diene der regionalen Wertschöpfung und unterstütze so die heimische Wirtschaft.

Mit Grenzen des Recyclings befasste sich Christian Daehn vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Auch bei Abfällen aus dem Baubereich gibt es seinen Ausführungen zufolge Abfälle, die aufgrund ihrer Eigenschaften und Inhaltsstoffe aus dem Kreislauf ausgeschleust werden müssen. Damit die restlichen Stoffe stofflich verwertet werden können, komme es darauf an, Schadstoffe und Stoffe, die ein Recycling erschweren, möglichst früh und vollständig abzutrennen.

Grenzen des Recyclings

Ehrlicherweise müsse man akzeptieren, dass bei einer Aufbereitung zu hochwertigen Ersatzbaustoffen auch Fraktionen anfallen, die beseitigt werden müssen oder eventuell noch einer sonstigen Verwertung zugeführt werden können, so Daehn. Da die Akzeptanz und Marktchancen von hochwertigen, also auch möglichst schadstoffarmen, Ersatzbaustoffen deutlich größer seien als von solchen, die nur gesichert eingebaut werden können, dürfe es aus seiner Sicht durchaus Sinn machen, die Zuführung zur Aufbereitung und die Aufbereitung selber so zu gestalten, dass mehr hochwertige Materialien erzeugt werden, „auch wenn sich dadurch die Menge an zu beseitigenden Stoffen erhöht“.

Die überarbeitete Arbeitshilfe „Kontrollierter Rückbau“ zeigt nach den Worten von Simone Klett, Bayerisches Landesamt für Umwelt, auf, was bei einem Rückbau von kontaminierten oder schadstoffbelasteten Gebäuden zu beachten und wie vorzugehen ist. Damit werden die Ziele einer sinnvollen Kreislaufwirtschaft unterstützt.

Das Abtrennen der Schadstoffe und Kontaminationen diene nicht nur dazu, dass diese aus dem Kreislauf ausgeschleust werden, sondern ermögliche in vielen Fällen auch erst die Verwertung der verbleibenden Materialien. Damit lasse sich die Frage, ob die Arbeitshilfe „Kontrollierter Rückbau“ einen Beitrag zur Erhöhung der Verwertungsquoten leistet, klar bejahen.

An Praxisbeispielen in Bayern und Baden-Württemberg demonstrierten Wolfgang Huber, Stefan Schatz, Helmut Grieshaber und Harald Wegmann (AU Consult GmbH, Augsburg) den Neu- und Ausbau von Deponien. Die heutigen Deponien haben sowohl hinsichtlich der Errichtung als auch des Betriebs nichts mehr mit Deponie aus den 1990er Jahren zu tun, wie u.a. an den Deponien Außernzell und Gosberg verdeutlicht wurde.

Auf der Deponie Außernzell, betrieben von der AWG Donau-Wald, findet aktuell der Abfalleinbau in den Bauabschnitten 11 bis 13 statt. Derzeit werden jährlich ca. 15.000 bis 20.000 Tonnen Abfälle einschließlich Abdeckmaterialien eingebaut. Durch den Ausbau des Bauabschnitts 14 und 15 mit einem Gesamtvolumen von ca. 240.000 m³ wird für die nächsten 10 bis 15 Jahre die Entsorgungssicherheit für Abfälle der Deponieklasse I und II in der Region sichergestellt.

Die Planung der Deponieabschichtung in den Erweiterungsabschnitten stammte aus den Jahren 1993 und 1994 und liegt deshalb bereits vergleichsweise lange zurück. In der Zwischenzeit haben sich sowohl technische als auch abfallrechtliche Neuerungen ergeben. Die AWG Donau-Wald hat deshalb die genehmigte Planung an den Stand der Technik angepasst.

Bei den vorgestellten Projektbeispielen handelte es sich um bestehende Deponien von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, die ausgebaut wurden. Aufgrund der Tatsache, dass die Genehmigungen der Deponien meist mehr als zehn Jahre zurückliegen, „ist in der Regel vor der Ausführung eine Anpassung der bestehenden Planung auf die heu-

4. Mineraliktag und Baustoff Recycling Forum in Würzburg

Mit der Akzeptanz von Recyclingbaustoffen und dem Referententwurf der Mantelverordnung standen zwei große Themen im Mittelpunkt des mit 210 Teilnehmern hervorragend besuchten 4. Mineraliktages und Baustoff Recycling Forums in Würzburg.

In seiner Eröffnungsrede machte bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock deutlich, dass eine Mantelverordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung, zur Änderung der Deponieverordnung und der Gewerbeabfallverordnung aus Sicht der Branche dringend erforderlich ist. „Wir brauchen ein einheitliches und abgestimmtes Regelwerk für ganz Deutschland. Der bisherige Flickenteppich unterschiedlichster Länderregelungen und die auch dadurch bedingte Rechtsunsicherheit muss jetzt bald ein Ende finden“, so Rehbock.

Akzeptanz gewährleisten

Aber auch die Akzeptanz von Recyclingbaustoffen müsse verbessert werden. Der Präsident des Baustoffrecycling Bayern e.V., Matthias Moosleitner, forderte deshalb in seiner Begrüßungsrede die öffentliche Hand auf, die Hindernisse für die Akzeptanz von Recyclingbaustoffen aus dem Weg zu räumen. Einer der Gründe für die Zurückhaltung, Recyclingbaustoffe vermehrt einzusetzen, sei aus seiner Sicht auch in der „scheinbaren Rechtsverbindlichkeit der bisher geltenden Regelwerke“ zu suchen. Zwar ist diese Akzeptanz, so Michael von Malottky vom bvse-Fachverband Mineralik, im Norden Deutschlands aufgrund der geologischen Verhältnisse durchaus zufriedenstellend: „Der Norden hat Sand, aber keine Steine.“ Doch ansonsten sei noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, war man sich auf der gemeinsamen Tagung vom Baustoffrecycling Bayern e.V. und dem bvse einig.

Auf dem Mineraliktag wurde sehr deutlich, dass der Erfolg der Mantelverordnung und eine deutliche Steigerung des Einsatzes von Recyclingbaustoffen zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Dr. rer. nat. Axel Kopp vom Bundesumweltministerium erläuterte im Zusammenhang mit der Ersatzbaustoffverordnung, dass ein

gen Anforderungen erforderlich“, so die Referenten. Dies sei mit den zuständigen Fach- und Genehmigungsbehörden abzustimmen. Es wird empfohlen, für die Umsetzung einen großzügigen Planungsvorlauf einzukalkulieren, um eine rechtzeitige Inbetriebnahme des neuen Deponieabschnittes zu gewährleisten. Erfahrungsgemäß sollte man mit der Planung zwei bis drei Jahre vor Inbetriebnahme des neuen Bauabschnittes beginnen.

Klaus Buß vom Bayerischen Landesamt für Umwelt aus Kulmbach informierte schließlich über Verfahrensweisen bei der Bewertung von Baustoffen aus dem Rückbau von Kernkraftwerken. Anschaulich legte er dar, dass Materialien aus der Freimessung sehr geringe Aktivitätswerte aufweisen und deren Zusatzbelastungen nur einen Bruchteil der Belastung aus natürlicher Strahlung betragen werden.

Die nach einem aufwändigen Prüfverfahren auf Basis der Strahlenschutzverordnung freigegebenen Materialien können nach Entlassung aus der atomrechtlichen Überwachung zum überwiegenden Teil wie konventionelles Material eingesetzt werden. Wie am Beispiel des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld, das im Jahr 2015 stillgelegt wurde, dargestellt wurde, fallen wesentliche Mengen aber aufgrund der langen Phase des Nachbetriebs- und Restbetriebszeitraums wohl erst im Jahr 2035 an. **DK**



Dr. Otto Hünnerkopf (l.) und Otto Heinz im Dialog. □

CSU und VBS einig:

Sekundärrohstoffe leisten wichtigen Beitrag zum Ressourcenschutz

„Preiswert, kompetent und umweltfreundlich – die mittelständisch geprägte bayerische Abfallwirtschaft arbeitet erfolgreich und gut.“ Dies betonte der Umweltpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Dr. Otto Hünnerkopf MdL, bei einem Gespräch mit dem Vorstand des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS). „Besonders erfreulich ist, dass Bayern mit seiner Verwertungsquote von 74 Prozent Spitze im Ländervergleich ist. Damit leistet die bayerische Abfallwirtschaft einen großen Beitrag zum Klimaschutz und zur Rohstoffversorgung der heimischen Industrie.“

VBS-Präsident Otto Heinz erläuterte, dass durchaus noch Potenziale zur weiteren Steigerung der Verwertung in Bayern vorhanden seien. So gibt es trotz der seit 2015 geltenden Getrenntsammlungspflicht von Bioabfällen auch in Bayern noch einzelne Gebietskörperschaften, die ihren Bürgern keine Biotonne anbieten.

Der VBS fordert alle privaten Haushalte an ein System zur Getrenntsammlung anzuschließen, denn die Biotonne leistet einen Beitrag zum Ressourcenschutz, zum Kampf gegen den Klimawandel und dient dem Ausbau er-

neuerbarer Energien. Dr. Hünnerkopf erklärte hierzu, die kommunalen Entsorgungsträger entschieden in eigener Verantwortung, ob sie Bring- oder Holsysteme zur Bioabfallfassung einsetzen.

Heinz informierte die Abgeordneten darüber, dass noch in diesem Jahr mit einer neuen Gewerbeabfallverordnung und einem Verpackungsgesetz zu rechnen sei. Aus Sicht des VBS wird die vom Bundestag verabschiedete Novelle der Gewerbeabfallverordnung der Getrenntsammlung und dem Recycling einen Schub verpassen. □

vbw-Studie zur Rohstoffversorgung:

Recycling als Teil der Lösung

Die Rohstoffversorgung der deutschen und bayerischen Industrie ist trotz der moderaten Preisentwicklung nicht durchgängig gesichert. Dies geht aus der aktualisierten vbw-Studie „Rohstoffsituation der bayerischen Wirtschaft“ hervor, die von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft 2009 erstmals vorgelegt wurde, um Politik und Unternehmen für diese zunehmende Herausforderung zu sensibilisieren.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen: Das Thema hat noch weiter an Bedeutung zugenommen. Versorgungsrisiken entstehen vor allem durch den weltweit steigenden Rohstoffbedarf und die Marktmacht rohstoffreicher Länder, die diese teilweise mit Exportbeschränkungen zementieren.

Deutschland ist für die Versorgung mit fast allen wichtigen metallischen Primärrohstoffen auf das Ausland angewiesen. Neben Preisentwicklung und -volatilität sind daher die politische Situation in den Rohstoffförderländern und die Gefahr einer strategischen Rohstoffpolitik in diesen Ländern wichtige Risikofaktoren.

Rohstoff-Risiko-Index

Der in der Studie enthaltene Rohstoff-Risiko-Index widmet sich diesen Gefahren und untersucht für 45 Rohstoffe, wie kritisch die Versorgung einzustufen ist. Die meisten der als kritisch einzustufenden Stoffe werden hauptsächlich bei Zukunftstechnologien benötigt.

Der 3D-Druck bietet das Potenzial zur grundlegenden und nachhaltigen Veränderung von Produktionsprozessen und des damit einhergehenden Rohstoffbedarfs. Da die Technologie für industrielle Anwendungen noch in den Kinderschuhen steckt und nicht prognostizierbar ist, welche innovativen Verfahren sich konkret am Markt durchsetzen werden, besteht weiterhin Unsicherheit über die zukünftigen Konsequenzen für die Rohstoffnachfrage.

Die Projektionen zur Entwick-

lung der Elektromobilität weisen auf einen enormen Anstieg der Nachfrage nach den Seltenerdmetallen Neodym und Dysprosium sowie nach Lithium hin. Gerade aus der Unsicherheit, ob diese Nachfrage in Zukunft gedeckt werden kann und den daraus resultierenden Preisrisiken entstehen Innovationsanreize zu Substitution oder anderen technologischen Lösungen. Konkrete Alternativen bestehen hier aber noch nicht.

Märkte weiter erschließen

Laut Studie ist es „eine wichtige außenpolitische Aufgabe von EU, Bund und Ländern, die Rohstoffmärkte weiter zu erschließen und offen zu halten. Außerdem sind die Grundlagenforschung zum effizienten Rohstoffeinsatz und zu Rohstoffsubstituten zu intensivieren sowie zusammen mit der Wirtschaft zukunftsste Recyclingkonzepte zu entwickeln.“

Auch der VBS hat sich vor diesem Hintergrund für einen weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft ausgesprochen. Die Politik sei gefordert, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die vom Rat für nachhaltige Entwicklung proklamierte Vision einer 100-prozentigen Kreislaufwirtschaft von Rohstoffen ist für VBS-Präsident Otto Heinz die richtige Antwort auf drohende Versorgungslücken und steigende Preise auf den Rohstoffmärkten. Heinz: „Wir müssen das Recycling maximieren und die Verbrennung von Abfällen reduzieren.“ **DK**



Unimog U 423 mit Aufbaukehrmaschine der Firma Trilety. □



Die Unimog Tour 2017 findet von April bis Juni an zehn Veranstaltungsorten in Deutschland und erstmals auch in Tschechien statt. □



Der Beck CITYrund Abfallbehälter - vorher und nachher. □

„Grün“ hilft „Orange“

Mercedes-Benz zeigt auf der Freilandmesse Demopark breit aufgestelltes Unimog-Programm

Kommunale Aufgaben wie Grünpflege, Winterdienst und Straßenunterhaltung werden immer häufiger nicht mehr nur durch die Kommunen selbst, sondern auch von landwirtschaftlichen Dienstleistern und Lohnunternehmen ausgeführt – die Einsatzfarbe „Grün“ unterstützt den Bereich von „Orange“. Dem trägt der Auftritt der Mercedes-Benz Unimog auf der Freilandausstellung Demopark (11.-13. Juni 2017, Stand B-243) bei Eisenach Rechnung.

Gerade die Möglichkeit, mit nur einem Geräteträger-Fahrzeug über das ganze Jahr hinweg völlig unterschiedliche Arbeiten zu erledigen, ist die große Stärke des Unimog und überzeugt auch Landwirte, die nach besserer Auslastung ihrer Betriebe suchen. Die Möglichkeiten liegen in Grünarbeiten und Straßenpflege in der Übergangszeit vor dem Frühjahr und dem Winter, im Winterdienst selbst, im Wegebau und im Gewässerbau, wie beispielsweise bei Arbeiten an Uferflächen oder im Bachbett.

Neue Nutzungsmöglichkeiten für Unimog in Agrarausstattung

Dafür bringt der Unimog alles mit: sowohl leistungsstarke Motoren, ausgeklügelte Kraftübertragung für die Straße und den Geräteeinsatz als auch hervorragende Eigenschaften für die Fahrt abseits fester Straßen. Daneben hilft die Autobahn-

tauglichkeit des Unimog, auch längere Wegstrecken zwischen den Einsatzorten mühelos und komfortabel zu bewältigen. Die Exponate und Vorführungen auf dem 3.780 qm großen Ausstellungsgelände von Mercedes-Benz greifen diese Anforderungen gezielt auf.

So ist zum Beispiel ein Unimog U 529 in Agrarausstattung mit Geräten zum Wegebau ausgerüstet, die dabei helfen, Überwucherung von Banketten zu verhindern und die Drainage sicherzustellen. Die Agrarausstattung umfasst dabei unter anderem eine Frontzapfwelle zum Geräteantrieb, Frontkraftheber und die Möglichkeit zum Anbau eines Frontladers.

Für die meisten Modelle sind mechanische oder hydraulische Heckzapfwellen und Heckkraftheber lieferbar, ebenso spezielle Reifengrößen bis 495/70 und die vom Fahrerplatz aus bequem bedienbare Reifendruckregelanlage Tire Control Plus.

Das Comeback der Gartenstadt

Was können Stadtplaner aus der mehr als 100 Jahre alten Idee der Gartenstadt lernen? Eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veröffentlichte Forschungsarbeit reflektiert die Entwicklung von Gartenstädten, stellt Fallbeispiele vor und zeigt, wie sich die Gartenstadtdiege neu interpretieren lässt.

Die Forscher untersuchten für das Projekt „Gartenstadt 21 – Vision oder Utopie?“ Fallbeispiele von Gartenstädten, die seit dem frühen 20. Jahrhundert entstanden sind. „Die Gartenstadtbewegung entwickelte damals einen Gegenentwurf zu der aus ihrer Sicht verdichteten und überlasteten Stadt“, betont BBSR-Direktor Harald Herrmann. „Gleichzeitig versuchte sie, die Vorzüge des Ländlichen mit den Vorzügen des Städtischen zu verbinden. Das scheint angesichts des Wachstums unserer Großstädte auch heutzutage für viele wieder erstrebenswert.“

Der Wegbereiter der Gartenstadtbewegung, Ebenezer Howard, beschrieb die Gartenstadt als Siedlungsraum, der sich durch gemäßigte Dichten, viele Freiräume und geordnete Verkehrsverhältnisse auszeichnete. Gleichzeitig standen bezahlbarer Wohnraum und genossenschaftliche Prinzipien wie ein Gemeineigentum an Grund und Boden im Zentrum des Gartenstadtmodells.

Die von den Forschern ausgewerteten Fallbeispiele zeigen: Das Leitbild der Gartenstadt wurde in seinem sozialreformistischen Ansatz nur selten konsequent umgesetzt. Ein kooperatives Planungs-

verständnis und die Beteiligung privater Bauherren und Genossenschaften an der Entwicklung der Quartiere sorgen aber dafür, dass gartenstädtische Ideen wieder in städtebauliche Planungen einfließen.

Beispiele dafür sind viele in den 1990er Jahren entstandene Quartiere. Ansätzen der Flächenentwicklung durch Bauträgermodelle stehen dort zunehmend alternative Ansätze gegenüber, die Genossenschaften, Baugemeinschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften stärker in den Fokus rücken. Anders als die Gartenstädte der Nachkriegszeit sind diese Quartiere dicht bebaut. Sie zeichnen sich durch attraktive und miteinander vernetzte Grünflächen sowie viele gemischte Funktionen und Nutzungen aus. Auch nachhaltige Mobilitätskonzepte spielen eine große Rolle.

„Die Gartenstadt heute ist grün, urban und vernetzt. Sie lässt sich nicht mehr auf ein Leitbild für Stadterweiterung am Stadtrand oder Trabantenstädte auf der grünen Wiese reduzieren“, betont Herrmann. „Wichtig ist, dass diese Quartiere für Menschen mit unterschiedlichem Einkommen attraktiv bleiben.“ □

Roadshow mit Erlebnischarakter von April bis Juni 2017

Rund 30 Unimog geben einen intensiven Einblick in das breit gefächerte Leistungsspektrum der Fahrzeuge

An insgesamt zehn Veranstaltungsorten macht die Unimog Tour 2017 von April bis Juni Station. Bei den eintägigen Veranstaltungen der Roadshow stellen rund 30 Mercedes-Benz Unimog ihre überragenden Fähigkeiten im Einsatz mit unterschiedlichsten Geräte- und Aufbaulösungen unter Beweis.

Neben den umweltfreundlichen Unimog Geräteträgern U 218 bis U 530 demonstrieren auch die hochgeländegängigen Mercedes-Benz Unimog U 4023 bis U 5030 ihre Vorteile für den professionellen Arbeitseinsatz.

Exponate und Einsatzbeispiele

Gastgeber vor Ort ist Mercedes-Benz Special Trucks gemeinsam mit den Unimog Vertriebspartnern. In Verbindung mit zahlreichen Geräte- und Aufbauherstellern zeigen sie maßgeschneiderte An- und Aufbaulösungen mit wirtschaftlichem Nutzen für ein breites Spektrum spezialisierter Einsatzbereiche während des ganzen Jahres. Auf dem Programm stehen dabei nicht nur Exponate und Einsatzbeispiele für den Sommer- und Winterdienst in Kommunen, sondern auch zum Beispiel für verschiedenste agrarspezifische Applikationen, die Bauwirtschaft, die Feuerwehr sowie den 2-Wege-Einsatz auf Straße und Schiene.

Live-Vorführungen

Spannende Live-Vorführungen versprechen Unterhaltung und Information mit echtem Praxisbezug. Fachvorträge und Gespräche mit Experten von Mercedes-Benz Special Trucks und den zahlreichen Geräte- und Aufbaupartnern runden das abwechslungsreiche Programm ab.

Bei der Unimog Tour 2017 liegt der Fokus auf Fahrzeuglösungen für anspruchsvolle Einsatzanforderungen vor allem im kommunalen Bereich sowie bei Dienstleistern.

Interessenten können sich direkt bei ihrem Unimog Vertriebspartner anmelden. Detaillierte Informationen zur Unimog Tour 2017 stehen in der Mercedes-Benz Special Trucks World unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-tour-2017 zur Verfügung.

Wichtige Termine:

4. 5. 2017: Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, DKB Arena, Tambacher Str. 44, 98559 Oberhof
23. 5. 2017: Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG, Brühlhalle, Nersinger Str. 21, 89275 Elchingen
30. 5. 2017: Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Océ Customer Experience Center, Siemensallee 2, 85586 Poing (bei München).

Im Mittelpunkt stehen die Wirtschaftlichkeit, der Ganzjahresnutzen und die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten des Unimog in Kombination mit maßgeschneiderten An- und Aufbau-

Einfach weggewischt:

Nusser Stadtmöbel löst das Graffiti-Problem

Egal ob Edding oder Sprühlack - das neue Anti-Graffiti-System von Nusser hilft, unerwünschte „Verzierungen“ ohne aufwändiges Schrubben von entsprechend behandelten Metalloberflächen zu lösen.

Dank des innovativen Langzeitschutzes bleibt die Beschichtung des Stadtmöbels bei dessen Reinigung vollkommen intakt und trägt so nicht nur dazu bei, Ruhezeiten einladend zu halten, sondern auch Zeit und Geld zu sparen.

Im Gegensatz zu althergebrachten Beschichtungen gegen Graffiti bietet die innovative Anti-Graffiti Farbbeschichtung von Nusser einen permanenten Schutz gegen die Auswirkungen von Sprays und Stiften.

Wie viele herkömmliche Lacke auch, ist der mit speziellen Zusatzstoffen versehene Anti-Graffiti Farblack in vielen RAL und DB Farbtönen erhältlich. Stadtplaner und Außenraumgestalter, die sich für Stadtmöbel von Nusser, Beck oder ODM entschieden haben, können die entsprechende Farbbeschichtung bei ihrer Produktauswahl direkt mitbestellen und so auf jegliche Nachbehandlung verzichten. □



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter www.mercedes-benz.de/unimog

UNIMOG TOUR 2017

Nicht verpassen!

Getourt wird von April bis Juni 2017. Termine in Ihrer Nähe:

04.05.2017 | Beuthauser | Biathlonstadion, Oberhof

23.05.2017 | Wilhelm Mayer | Brühlhalle, Elchingen

30.05.2017 | Henne Heimstetten | Océ, Poing (bei München)

Mehr Infos unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-tour-2017

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Bund fördert Breitbandausbau:

Profiteure Ebensfeld und Heiligenstadt

Bundesminister Dobrindt überreicht Förderbescheide

„Das ist eine wirklich großartige Nachricht und ein sensationeller Erfolg: Heiligenstadt erhält als erste Kommune meines Wahlkreises Bamberg-Land aus dem Bundesprogramm für Breitbandausbau einen Zuschuss von 4,88 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen, Ebensfeld als erste im Landkreis Lichtenfels einen Obolus über 695.656 Euro. Damit profitieren die Gemeinden bereits zum zweiten Mal vom Bundesprogramm. Sie stellen damit die Weichen für einen Highspeed-Anschluss an die schnelle Datenautobahn und sorgen dafür, dass ihre Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Zukunft bald ins Gigabit-Zeitalter starten können“, unterstrich Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner (Wahlkreis Kulmbach, Lichtenfels, Bamberg-Land).

Die Förderbescheide überreichte Bundesminister Alexander Dobrindt am Dienstagmittag im Beisein der Abgeordneten im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Ber-

lin an Ersten Bürgermeister Bernhard Storath, Ebensfeld, und Ersten Bürgermeister Helmut Krämer, Heiligenstadt.

„Gerade in ländlichen Regionen ist der Internetausbau elementar für die Standortsicherheit und Lebensqualität. Schnelle Internetzugänge sind in der globalen Wissensgesellschaft für Unternehmen und Bürger mittlerweile genauso wichtig wie Straßen und Schienen, Wasser- und Energienetze“, betont MdB Zeulner.

Sie hat sich in den vergangenen zwei Jahren engagiert für den Breitbandausbau in den Kommunen ihres Wahlkreises eingesetzt und im Rahmen von zwei Breitbandforen gemeinsam mit Vertretern des BMVI sowie des Bundesbreitbandbüros Bürgermeister und Landräte über das neue Förderprogramm informiert. „Die Verfügbarkeit breitbandiger Internetzugänge ist Voraussetzung für neue Dienste mit hohem wirtschaftlichem Potenzial: elektronischer Geschäftsverkehr (E-Business, E-Commerce), Behördenleistungen (E-Government), Gesundheitsfürsorgedienste (E-Health) oder elektronischer Unterricht (E-Learning)“, führt die Abgeordnete vor Augen.

„Für die Entwicklung des ländlichen Raums ist der Breitbandausbau äußerst wichtig“, unterstreicht Erster Bürgermeister Helmut Krämer, Heiligenstadt. Der Markt Heiligenstadt will die Mittel für den Aufbau eines eigenen Glasfasernetzes nach dem Betreibermodell nutzen, das Investitionsvolumen umfasst voraussichtlich 8,6 Millionen Euro.

Neue Perspektiven

„Ohne die Zuschüsse vom Bund wäre das finanziell für unsere Kommune nicht zu stemmen. Doch auch wenn es finanzielle Herausforderungen sein werden, wird das Projekt ganz neue Perspektiven eröffnen und wir hoffen, dass sich dann auch neue Betriebe ansiedeln“, so das Gemeindeforum. „Wir kommen mit den aktuellen Bandbreiten einfach in Zukunft nicht mehr hin. Im Augenblick liegen sie zwischen 0 und 45Mbit/s. Mit einem Glasfasernetz sind nach oben keine Grenzen gesetzt. Eine ordentliche Breitbandversorgung ist in der 77 Quadratkilometer großen Gemeinde Heiligenstadt mit ihren 24 Gemeindefürsorgediensten für die zukünftige Entwicklung unerlässlich.“ Bürgermeister Krämer hofft, dass bis Ende 2019 alle Bürgerinnen und Bürger auf der Highspeed-Datenautobahn surfen können.

„Wir sind bestrebt, dass jede

Bürgerin und jeder Bürger der Marktgemeinde so schnell wie möglich das schnellste Internet bekommt. Die weiteren Fördermittel eröffnen uns weitere Möglichkeiten, uns die neuesten Technologien zu holen“, kommentiert Erster Bürgermeister Bernhard Storath die Förderzusage. „Die Mittel werden für den Glasfaserausbau eingesetzt. Der Breitbandausbau nimmt für den Markt Ebensfeld einen sehr wichtigen Stellenwert ein. Obwohl Ebensfeld eine Flächengemeinde (68,73 km²) mit rund 5700 Einwohnern ist, versuchen wir jederzeit die Erhöhung der Bandbreiten schnellstmöglich umzusetzen.“

Nachdem der Markt Ebensfeld das Fördervolumen des Bayerischen Programms bereits komplett ausgeschöpft hat, hofft der Bürgermeister nun mit der zweiten Förderung aus dem Bundesprogramm die restlichen Ortsteile mit schnellem Internet zu versorgen. Im Moment gibt es noch Ortsteile im Markt Ebensfeld, die mit unter 30 Mbit/s versorgt sind. Nachdem Ausbau sollen diese Ortsteile mit mindestens 30 bis 50 Mbit/s versorgt werden

Glasfasermasterplan

Mit dem ersten Zuschuss vom Bund hatte die Gemeinde 2016 in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro einen Glasfasermasterplan erstellt, erläutert Breitbandpate Tobias Walter. Die Förderung der Infrastrukturmaßnahmen wurde im Dezember 2016 beantragt. Bürgermeister Storath informiert weiter: „Im Lauf des Jahres 2017 sollen die Bandbreiten in den bisherigen Kabelverzweiger (sogenannte Outdoor-Dslams) von 50 Mbit/s auf 100 Mbit/s erhöht werden. Das bringt eine Verbesserung für jeden Anschlussnehmer. Bei allen Straßenbaumaßnahmen oder Kanalbaumaßnahmen wird geprüft, ob Leerrohre für den FTTH-Ausbau (Glasfaser ins Haus) mit verlegt werden können.“

Konkurrenzfähig bleiben

„Ebensfeld und Heiligenstadt haben die Chance genutzt und profitieren nun ein zweites Mal vom neuen Bundesförderprogramm“, freut sich MdB Zeulner. „Ich hoffe, dass noch weitere Kommunen dem Beispiel der Marktgemeinde folgen und sich die Förderung aus dem Bundesprogramm sichern. Gerne unterstütze ich sie dabei. Um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden, ist es absolut notwendig, dass mittelfristig ein Ausbau der Glasfaserinfrastruktur mit Gigabit-Geschwindigkeit erfolgt. Nur so können wir hierzulande konkurrenzfähig bleiben. Deswegen muss auch die Politik alles daran setzen, die digitalen Netze – ob drahtlos oder drahtgebunden – zukunftsfähig auszubauen. Dafür werde ich mich weiterhin einsetzen“, so die Abgeordnete. □

keit über kurz oder lang vom Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes und aus den Einrichtungen der Jugendhilfe in die Zuständigkeit der „normalen“ Asylbewerberunterbringung wechseln, gilt es zu gewährleisten. Rund 900 zusätzliche Plätze werden für diese beiden Gruppen benötigt. Anerkannte Asylbewerber schaffen es darüber hinaus immer wieder, auf dem freien Wohnungsmarkt eine eigene Unterkunft zu finden, andere müssen aufgrund eines ablehnenden Bescheides Deutschland verlassen. Unter all diesen Umständen steht im Raum, die bisherige Planungszahl von 6.000 Unterzubringenden auf 4.500 zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund werden nun alle in Planung befindlichen neuen Projekte noch einmal einer genauen Prüfung unterzogen. Neben den eventuellen neuen gemeindlichen Quoten, die

aufgrund des Frühstadiums der Überlegungen noch nicht präsentiert wurden, soll dabei auch immer ein gemeindeübergreifender Raum im Einzugsbereich der in Planung befindlichen Projekte unter die Lupe genommen werden, um eine möglichst noch gerechtere reale Verteilung herbeizuführen.

Die spontanen Reaktionen der Kreisausschussmitglieder waren ganz unterschiedlich – zwischen freudiger Erwartung und vorsichtiger Mahnung, für mögliche erneute Zuweisungen ausreichend gewappnet zu sein. Landrat Christoph Göbel gab dabei zu bedenken, dass eventuelle Überkapazitäten aber womöglich anderen Landkreisen zugute kommen könnten, die ihre Quoten nicht erfüllen. Einen größeren Leerstand im Landkreis würde die Regierung von Oberbayern nur sehr unwahrscheinlich tolerieren. □



V. l.: Die Bundestagsabgeordneten Karl Holmeier (l.) und Marianne Schieder freuen sich mit dem Chamer Landrat Franz Löffler (2. v. r.) über die Bekanntgabe der Auszeichnung durch Dr. Helmut Born, den Vorstandsvorsitzenden der DSK (Deutsche Stiftung Kulturlandschaft). Bild: Markus Mempel

Landkreis Cham ist „Kulturlandschaft 2017“

Der Landkreis Cham ist Preisträger „Kulturlandschaft 2017“. Dies wurde durch die Deutsche Stiftung Kulturlandschaft (DSK) in der Vertretung des Freistaates Bayern in Berlin im Rahmen eines Pressegesprächs bekannt gegeben.

Landrat Franz Löffler bedankte sich für diese besondere Auszeichnung, die alle zwei Jahre an einen Landkreis, der sich aus eigener Kraft äußerst positiv entwickelt hat, vergeben wird. Besonders bemerkenswert findet er die Tatsache, dass man sich nicht für diese Auszeichnung bewerben konnte, sondern dass die DSK den Preisträger quasi „inkognito“ bestimmt. Somit stand der Landkreis Cham in Konkurrenz zu den 401 Landkreisen und kreisfreien Städten in ganz Deutschland.

„Der Preis ist eine Bestätigung für die vielen fleißigen Menschen in unserer Region, die in den zahlreichen innovativen Betrieben und Unternehmen ihre Schaffenskraft einbringen. Wir haben es geschafft, das Wertschöpfungspotential unserer Menschen und Firmen in den Landkreis zurückzuholen und auch hier zu behalten. Der Preis geht zu Recht an den Landkreis Cham, weil die Begriffe „Kultur“, „Land“ und vor allem „schafft“ hervorragend auf unsere Heimat und ihre Menschen zutreffen“, freute sich Löffler.

Die beachtliche Entwicklung vom strukturschwachen Landkreis, in dem Arbeitslosenquoten von teilweise 40 % zu verzeichnen waren hin zur Technologieregion, beeindruckte die DSK.

Als Basis auch für den weiteren Erfolg sieht der Landrat die Bildungsoffensive des Landkreises in den letzten zehn Jahren. Dabei wurden mehr als 70 Millionen Euro in schulische Einrichtungen investiert. Kooperationen mit Hochschulen ermöglichen ein Studium in der Heimat.

Hochqualifizierte Betriebe aus Handwerk und Industrie, Handel und Dienstleistung tragen seit vielen Jahren zu Deutschlands höchstem Ausbildungsquoten bei. Es ist aber das Zusammenspiel weiterer Faktoren im Landkreis, was unter anderem dazu führte, dass die Einwohnerzahl entgegen dem Trend der Landflucht zunahm.

Sei es eine intakte Kulturlandschaft, die vor allem durch einen modernen Bauernstand gepflegt wird, oder der Naturpark Oberer Bayerischer Wald, der zur Erholung der Bevölkerung und zahlreicher Urlaubsgäste beiträgt: Der Landkreis Cham bietet viele Gründe, sich hier niederzulassen oder erst gar nicht die Heimat verlassen zu müssen. Man kann hier auf hohem Niveau leben und arbeiten.

Zuvorsichtlich gibt sich Landrat Löffler, dass der Landkreis die Weichen für eine sichere und lebenswerte Zukunft bereits jetzt schon gestellt habe. Den Herausforderungen und Trends der Zukunft – wie beispielsweise der Digitalisierung – könnten die Menschen in dieser Region mit einer gewissen Zuversicht entgegenzutreten. Dies vor allem deshalb, „weil sie es schon immer verstanden haben, hart anzupacken und innova-

tiven Entwicklungen aufgeschlossen gegenüberstanden.“

Mit dem Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro soll eine Smartphone-App für eine künftig noch einfachere Nutzung des ÖPNV im Landkreis eingerichtet werden. □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Kreiskassenamt Dillingen
IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66
BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20
BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Im Beisein der Bundestagsabgeordneten Emmi Zeulner überreichte Bundesminister Alexander Dobrindt (l.) den Förderbescheid an Ersten Bürgermeister Bernhard Storath, Ebensfeld (2.v.l.), und Geschäftsstellenleiter Rüdiger Schmidt, Heiligenstadt (rechts daneben). Bild: BMVI

Europäische Metropolregion München:

OB Reiter erneut Vorstandsvorsitzender

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung sowie der Lenkungs- und Vorstandssitzung der Europäischen Metropolregion München e.V. standen die turnusgemäßen Neuwahlen der Vereinsgremien. Dabei wurden der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter als Vorstandsvorsitzender und sein Stellvertreter Landrat Christoph Göbel einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.

Als zweiter stellvertretender Vorsitzender wurde Peter Saalfrank, Hauptgeschäftsführer der IHK Schwaben, gewählt. „Kontinuität auf Vorstandsebene ist ein wichtiges Zeichen nach außen und eine gute Basis für unsere laufenden und für zukünftige Projekte. Auch die Zusammenarbeit der Landeshauptstadt mit der Region profitiert davon. Wir, der EMM e.V., sind auf einem guten Weg“, Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer des Vereins Europäische Metropolregion München, freut sich über den harmonischen Sitzungsverlauf.

Zum ersten Mal wird der Vorstand – gemäß Satzungsänderung – für vier Jahre anstatt für zwei Jahre berufen. Insgesamt besteht

der Vorstand des EMM e.V. aus acht Vertretern der Gebietskörperschaften und acht Vertretern der Wirtschaft und Gesellschaft und wird vom Lenkungs- und Vorstandsvorsitzenden des Vereins gewählt. So sind neben den genannten Repräsentanten auch Vertreter aus Unternehmen, Handwerkskammern und Universitäten Teil des Vorstandes.

Eine Auflistung aller Vorstandsmitglieder liefert das Internet unter www.metropolregionmuenchen.eu/uploads/pics/3.1_Organisation_VORSTAND_2017.pdf und die aktuelle Aufstellung zum Lenkungs- und Vorstandsvorsitzenden findet man unter www.metropolregionmuenchen.eu/uploads/pics/3.1_Organisation_LENKUNGSKREIS_2017.pdf

Immer weniger Asylbewerber

Landkreis München denkt über Reduzierung der Prognosezahlen nach

Der Bericht zur Asylbewerberunterbringung ist schon lange ein fixer TOP auf der Tagesordnung des Kreisausschusses. Dieses Mal überraschte Leonhard Schmid, Leiter des Geschäftsbereiches Asylbewerberunterbringung im Landratsamt, die Kreisräte mit ersten Überlegungen, die bisherigen Prognosezahlen und damit auch die gemeindlichen Quoten zu reduzieren.

Schon seit längerer Zeit erhält der Landkreis München keine nennenswerten Zuweisungen von Asylsuchenden mehr. Auch ist nicht absehbar, wann sich an dieser Situation ggf. wieder etwas ändern würde. Dies hat die Landkreisverwaltung bewogen, das bisherige Prognosezenario, das von langfristig 6.000 im Landkreis München unterzubringenden Personen ausgeht, zu überdenken.

Dass aufgrund des stoppenden Zustroms an Asylsuchenden gar keine neuen Unterkünfte mehr gebraucht würden, steht dabei nicht zur Diskussion. Vielmehr

haben die Mitarbeiter des Geschäftsbereiches Asyl versucht, anhand der bisher gemachten Erfahrungen, den Bedarf neu zu berechnen. Dabei spielt unter anderem der mögliche Familiennachzug eine Rolle. Dieser wird auf 300 bis 400 Familienangehörige geschätzt, die nach und nach im Landkreis München ankommen könnten.

Auch die Sicherung der Anschlussunterbringung der bislang noch in Notunterkünften lebenden Asylsuchenden sowie der volljährig werdenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die mit Erreichen der Volljährig-

Fachtagung im Bezirksrathaus Ansbach:

Wie Jugendpolitik gelingen kann

Welche Rolle können Jugendliche im öffentlichen Raum einnehmen und welche Weichen kann die Kommunalpolitik dabei stellen? Fragen wie diesen ging die vom Bezirksjugendring veranstaltete Fachtagung „Jugend im öffentlichen Raum“ in Ansbach nach. Nach der Begrüßung durch Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und dem Vorsitzenden des Bezirksjugendrings Bertram Höfer, standen informative Vorträge und thematisch anspruchsvolle Arbeitsgruppen auf dem Programm.

Wie eine jugendfreundliche Gemeinde Wirklichkeit werden kann, darüber berichteten Winfried Pletzer vom Bayerischen Jugendring und Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt, Hochschule Magdeburg. Pletzer plädierte dabei zunächst für gleichberechtigte Möglichkeiten der Jugendkultur im öffentlichen Raum.

Integrationsfunktion

Der öffentliche Raum ist laut Pletzer die „Unterlage“, auf der sich gelingendes Zusammenleben im Gemeinwesen abspielt. Vitale öffentliche Räume zeichneten sich durch die Offenheit und Vielfalt ihrer Nutzungsstrukturen und Nutzer aus. Sie vereinten besondere Qualitäten wie bauliche Atmosphäre, gelungene Mischungen von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit sowie eine größtmögliche Vielfalt an unterschiedlichen Kulturen, Generationen und Altersgruppen. Öffentliche Räume hätten eine wichtige Integrationsfunktion, weshalb sie ungehindert für alle Bewohner und Besucher zugänglich sein müssten.

„Junge Menschen sind wichtiger Teil des öffentlichen Gemeinwesen“, führte Pletzer aus. „Jugendliche und Jugendkulturen bereichern den öffentlichen Raum, tragen zu kultureller Vielfalt und lebendiger Kreativität auf unseren öffentlichen Plätzen bei.“ Ebenso wie alle anderen Mitbewohner seien auch sie im öffentlichen Raum „Bürger erster Klasse“. Ihre Kompetenz im öffentlichen Leben sei deshalb unverzichtbar, wenn es um die Belebung, Gestaltung und Veränderung von öffentlichen Leben in öffentlichen Räumen geht.

Unbestritten sei heute, dass sinnvolle Stadt- und Ortsplanung und gelingende Gemeinwesen-

entwicklung ein kontinuierliches gemeinsames Handeln und eine enge Kooperation und Abstimmung von privaten und öffentlichen Akteuren benötigen. Die Einbeziehung von Betroffenen und Experten und die Mitwirkung einer Vielzahl von Bürgern bei Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen stelle einen Ausgangspunkt für zukünftige Lebenswerte öffentliche Räume dar. „Nicht nur weil die Jugendlichen heute die Nutzer des geplanten Raumes von morgen sind, sondern auch aufgrund ihrer sozialräumlichen Kompetenz, ihrer Kreativität, Gestaltungsfreude, Fantasie und kulturellen Vielfalt junger Menschen als ‚Experten‘ in Stadt- und Dorfwirkungsprozesse und Gestaltungsprozesse an zentraler Stelle mit einbezogen und somit auch mit in die Verantwortung genommen werden“, riet der Vertreter des Jugendrings.

Gleichberechtigte Interessen-Wahrnehmung

Gemeinwesen wachse durch Integration - auch durch erfolgreiche Integration von Jugendkulturen im öffentlichen Raum. Die gleichberechtigte Teilhabe von jungen Menschen am öffentlichen Leben und im öffentlichen Raum werde somit zu einem zentralen Baustein für ein gelingendes Gemeinwesen.

Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt, der sich mit dem Thema „Kommunale Jugendpolitik als Gestalter von Planungsprozessen des öffentlichen Raums“ befasste, wies darauf hin, dass eine jugendgerechte Gemeinde die Interessen junger Menschen gleichberechtigt wahrnimmt. Sie ermögliche Teilhabe frühzeitig und umfassend. Ihr Leitbild sei vorausset-

zungslose Beteiligung, d.h. frei von Vorgaben der Erwachsenen-gesellschaft. In diesem Sinne verstandene Teilhabe sei (ergebnis-) offen angelegt. Sie werde von der Unterstützung der relevanten politischen und sozialen Akteure vor Ort getragen.

Jugendarbeit hat hier Wendt zufolge das Ziel, solche Prozesse anzuregen und zu unterstützen; ihr komme eine Katalysatorfunktion zu, sie fungiere als Sachwalterin junger Menschen, damit Teilhabe voraussetzungslos erfolgen kann.

Jugendhilfe als Sachwalter

Vor dem Hintergrund, dass das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen komplexer geworden sei und sich viele bisher als verlässlich geltende Wege, Strukturen und Bedingungen fragiler als noch vor wenigen Jahren darstellten, „besteht der zentrale Gestaltungsauftrag für alle beteiligten Akteure darin, alle jungen Menschen auf ein Leben in der globalisierten Wissensgesellschaft vorzubereiten und ihnen damit gute persönliche, soziale und berufliche Zukunftsperspektiven zu ermöglichen“. Die Kinder- und Jugendhilfe sei dabei Sachwalter der Interessen junger Menschen.

Die jüngsten Fortschritte bei den Leistungen für Kinder zeigten, was ambitionierte Politik zu leisten vermag, fuhr der Wissenschaftler fort. Eine ähnlich beharrliche Politik sei nun zugunsten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen notwendig. Deren Belange seien künftig genauso zu achten wie die Belange der Kinder. Dazu bedürfe es einer profilierten Jugendpolitik. Sie müsse durch individuelle Förderung und infrastrukturelle Unterstützung günstige Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen aller Jugendlichen schaffen.

Teilhabe und Partizipation

Wendt zufolge „ist Jugendpolitik nicht zuletzt Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik, die junge Menschen in ihrem Bildungsweg fördern und ihnen Zugänge zu beruflichen Perspektiven ermöglichen soll. Sie muss Teilhabe und Partizipation ermöglichen und junge Menschen in prekären Lebenslagen unterstützen.“ „Gute“ kommunale Jugendpolitik zeichne sich dadurch aus, dass Leitung und zentrale Akteure an einem Strang ziehen und strategisches Management Jugend einschließt, d. h. sie aktiv einbezieht, Jugend als Ressource betrachtet und prospektiv handelt.

Im Anschluss hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, in verschiedenen Arbeitsgruppen tiefer in die Thematik einzusteigen. Schwerpunkte hierbei waren: „Die Jugend im Dorf lassen - Attraktive Rahmenbedingungen für Jugendliche im ländlichen Raum schaffen“, „Öffentlicher Raum virtuell - Jugendliche erobern den virtuellen Raum“, „So weit die Füße tragen... bis zur nächsten Bushaltestelle?“, eine moderierte Diskussionsrunde zum Thema „Heterogene Nutzergruppen im öffentlichen Raum“ sowie „Kinder brauchen Spielräume - Sozialraumkennung als Instrument der Kommunalplanung“. Der Workshop gab einen Überblick über konkrete Beteiligungsmethoden der Sozialraumkennung, vom Kinderstadtplan bis hin zu Elementen der generationenübergreifenden Spielplanung. Für jede Gemeindegröße ist hier ein passendes Instrument dabei. **DK**

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Na Leute, haben denn wenigstens wir einen richtig heißen Scheiß zu bieten?“ Mein Chef, der Bürgermeister, amüsierte sich köstlich über unsere dummen Gesichter, als er uns diesen flapsigen Spruch entgegen schleuderte.

Er bezog sich natürlich auf den verbalen Stoßseufzer einer ansonsten eher betulichen Politikerin, die nach dem suboptimalen Abschneiden ihrer Partei bei der Saarlandwahl das allgemein als dröge wahrgenommene Programm ihrer Partei mit den Worten zusammenfasste, die Themen der Partei würden „nicht als der heiße Scheiß der Republik“ wahrgenommen. Damit ist ihr wenigstens eines gelungen: Sie wurde wahrgenommen. Diese Anleihe bei der Jugendsprache oder was man als Ü40 so für Jugendsprache hält, wurde praktisch überall gesendet, abgedruckt und war natürlich auch ein gefundenes Fressen für Kaba-

fesselt. Wurde in vielen Fällen ja auch Zeit, dass die Infrastruktur, vor allem auch die unter den Straßen und Gehwegen, vom Abwasserkanal über die Fernwärmeleitung bis hin zum Internetkabel, mal gründlich auf Vordermann gebracht wird.

Und mal ganz ehrlich: Im Vergleich zu früher ist doch das Baustellenmanagement – jedenfalls nach meinem subjektiven Empfinden – viel besser geworden. Die Bauzeiten wurden kürzer, die Umleitungen bzw. Umfahrungen werden stauärmer organisiert, die Betroffenen besser informiert. Dennoch machen Baustellen Ärger. Da kann man noch so viele Schilder aufstellen. „Wir bauen für Sie, bitte haben Sie Verständnis“, irgendwas ist immer. Manchen platzt halt der Kragen, wenn er im unvermeidlichen Stau steht, andere werden zermürbt durch den ebenso unvermeidlichen Lärm. Einige Fragen stellt man sich ja selber, etwa, wenn eine Straße in der Stadt neun Monate gesperrt bleibt oder wenn man tagelang keine Baufortschritte registrieren kann.

Das Meiste lässt sich gut und kurz erklären, etwa Baueinstellungen wegen archäologischer Funde oder Unterbrechungen, weil sich schlicht ein Fundament setzen muss. Auch die Abfolge von Arbeiten an Kanalisation, Fernwärme und Telekommunikationsleitungen unter derselben Straße und die damit lange Bauzeit kann man einsichtig darstellen. Deshalb werden wir unser BIS in Betrieb nehmen, damit während der Bauzeit die Bürger alle wesentlichen Informationen zu „ihren“ Baustellen jederzeit online abrufen und konkrete Fragen ans Bauamt stellen können.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist zufrieden: Information ist alles! Aber man kann bei den heutigen Planungsvorläufen und den ewigen Einwänden ja schon mal froh sein, wenn überhaupt gebaut werden kann. Zur Aufmunterung twitterte ich dem Chef einen Satz des charmannten Talkers Alfred Biölek: „Baulärm war früher Krach, heute nennt man ihn Wachstumsmusik.“

Information ist alles

rettisten. Merke: Wenn man mit den Inhalten keinen Hund hinter dem Ofen hervor bzw. keinen Wähler an die Urne locken kann, dann muss man halt verbal zu überraschen wissen.

Natürlich wollte der Bürgermeister wissen, was wir in dieser Woche der Öffentlichkeit als neue Initiative des Rathauses vorstellen wollen. Tatsächlich haben wir was. Zwar kein klassischer hot burner, der den Blätterwald wird rauschen lassen, aber für uns doch ganz wichtig: Das neue Baustellen Informationssystem, kurz BIS.

Denn im Frühjahr sprießen sie ja wieder aus dem Boden wie die Osterglocken: Baustellen aller Art. Wohin man auch blickt, man erkennt, die Republik hat wieder Geld. Keine paar Kilometer kann man auf einer Autobahn oder Landstraße fahren, schon wird da eine Brücke saniert oder neu gebaut. Fahrbahnen werden verschwenkt und Straßenbelege abgefräst, dass es nur so seine Art hat. Kaum hat man eine Baustelle hinter sich und gibt wieder so richtig Gas, kommt schon die Vorankündigung zur nächsten. Viel Spaß im Urlaubsverkehr.

Aber auch in den Städten wird gebaut wie ent-

the
Sabrina

Tourismustag Bayerischer Wald:

Leuchttürme und kreative Projekte

Im Hans-Eisenmann-Haus des Nationalparks fand der mittlerweile neunte Tourismustag Bayerischer Wald statt. 200 Teilnehmer fanden sich auf Einladung des Tourismusverbandes Ostbayern e.V. (TVO) zu Fachvorträgen, zur Information und zum Austausch in Neuschönau ein.

Der Präsident des Tourismusverbandes, Landrat Franz Löffler aus Cham, der die touristische Entwicklung der vergangenen Jahre Revue passieren ließ, blickte zunächst auf die 1990er Jahre zurück, als sich die Auslastung der zahlreichen Betten verringerte, die Preise gesenkt wurden und schließlich das Image des Bayerischen Waldes bundesweit im unteren Drittel der Urlaubsgebiete lag. „Doch wir haben mit unseren Themen Stärke bewiesen“, erklärte Löffler. In den Bereichen Wellness, Mountainbiken, Wandern, Natur- und Winterurlaub belege die Region nun die ersten Plätze.

Vor zehn Jahren entstand unter der Führung des Tourismusverbandes Ostbayern der Goldsteig. Mit 660 Kilometern ist er der längste Qualitätswanderweg Deutschlands – ein Leuchtturmprojekt von überregionaler Strahlkraft und ein Magnet für Wanderer.

Auch im Segment der Wellness-Reisen zeichnet sich der Bayerische Wald durch ein hochkarätiges Angebot aus. Dem vom Tourismusverband Ostbayern initiierten Qualitätsverbund Premium-Partner Bayerischer Wald gehören größtenteils exklusive Wellness-Hotels an. Deren qualitativ erstklassigen Angebote erfüllen Urlaubsbedürfnisse der heutigen Zeit und ziehen die Aufmerksamkeit auf den Bayerischen Wald.

Als hervorragende Servicean-

gebote für die Gäste nannte der TVO-Präsident zudem das Gäste-Umwelticket Gutti, die All Inclusive-Karten und auch das Onlinebuchungsangebot des Tourismusverbandes Ostbayern, das zuletzt bayernweit als Best Practice-Beispiel ausgezeichnet wurde.

Marke intensiv nutzen

Mittlerweile ist Löffler zufolge die Wertschöpfung je Übernachtung gestiegen. Die Übernachtungszahlen haben sich bei sieben Millionen eingependelt. Die Gästezahlen sind so hoch wie nie zuvor, jedoch liegt die Aufenthaltsdauer derzeit bei vier Tagen und kann möglicherweise weiter sinken. Auch wegen des zunehmenden Wettbewerbsdrucks appellierte Löffler an die Tagungsteilnehmer, sich der Digitalisierung zu stellen, die Marke Bayerischer Wald intensiv zu nutzen und sich zwischen öffentlichem und privatem Bereich zu vernetzen.

TVO-Vorstand Michael Braun berichtete über die wichtigsten Ergebnisse aus einer Gästebefragung, die den Trend bestätigt, dass in den Bayerischen Wald immer mehr neue Gäste reisen. Diese seien kritischer als Stammgäste, zudem reiseerfahren und stellten daher hohe Ansprüche an den Service. Häufigste Reisearten sind der Erholungsurlaub mit 59 Prozent und der Familienurlaub mit 36 Prozent, gefolgt vom Wanderurlaub mit 38 Prozent. Das Internet ist vor Reiseantritt

mit 71 Prozent die wichtigste Informationsquelle für die Gäste. Im Jahr 2009 lag diese Zahl noch bei 51 Prozent.

Günter Reimann, Destinationsmanager Bayerischer Wald beim TVO, präsentierte aktuelle Marketingprojekte wie die Mountainbikerunde „Trans Bayerwald“. Diese wird rund 800 Kilometer betragen und durch die sechs Bayerwald-Landkreise Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Passau, Straubing-Bogen und Deggendorf führen.

Die Themen Natur und Wildnis beschäftigen die Menschen. Mit Natur verbinden viele die Begriffe Gesundheit und Erholung, informierte Prof. Dr. Hubert Job von der Julius-Maximilian Universität Würzburg. Mehr als die Hälfte der Urlauber lassen sich seiner Studie zufolge vom Anblick einer Landschaft bei der Reisezielwahl inspirieren. Großschutzprojekte wie ein Nationalpark schaffen ein positives Image für eine Region und garantieren ein seltenes authentisches Naturerlebnis. Selbst im globalen Tourismusmarkt besitzen sie großen Wert.

Best-Practice-Projekte aus den Reihen der Teilnehmer zeigten, wie erfolgreich kreative Ideen in die Tat umgesetzt wurden und den Tourismus im Bayerischen Wald bereichern. Exemplarisch wurden das Naturerlebniszentrum Haus am Strom in Untergriesbach, der Wildgarten mit Unterwasserbeobachtungsstation in Furth im Wald, das kulinarische Schaufenster in Zwiesel, der Alpakahof Schreiber in Sickling-Schaufling, der Vogelwilde Sepp in Sankt Englmar und die Waldkur in Lackenhäuser-Neureichenau genannt. **DK**

Politisches Frühstück der CSU Gerolzhofen

Die Themen Schutz der Familie, stabile Finanzen und naturnahe Waldbewirtschaftung standen im Zentrum des politischen Weißwurstfrühstücks der Gerolzhöfer CSU, zu dem CSU-Ortsvorsitzender Markus Reuß knapp 50 Politikinteressierte willkommen hieß.

Gastredner MdL Dr. Otto Hünnerkopf betonte, dass nur mit einer starken CSU die erfolgreiche Arbeit der Bundesregierung weiter geführt werden kann. Die Partei stehe für Politik aus einem Guss, vom Stadtrat über Bürgermeister bis zu Landtags- und Bundestagsabgeordneten: „Das ist die Stärke der CSU, wir wissen, was die Menschen wollen.“

In diesem Zusammenhang betonte Hünnerkopf den guten Austausch vor Ort, u.a. mit dem beim politischen Frühstück ebenfalls anwesenden Gerolzhöfer Bürgermeister Thorsten Woziak.

Der Landtagsabgeordnete stellte deutlich heraus, dass für die CSU die Leistungsträger wichtig sind: Eine starke Leistungskultur schafft Voraussetzungen für Lebensstandard und soziale Sicherheit.

Dabei müsse insbesondere die Familie im Mittelpunkt stehen, sagte Hünnerkopf: „Wir wollen eine familiengerechte und kindergerechte Gesellschaft. Jede Familie soll frei wählen können, für

welchen Lebensplan sie sich entscheidet. Ob Elterngeld, Kindergeld, Krippenausbau, Betreuungsgeld, Landeserziehungsgeld oder Ehegattensplitting – wir treten ohne Wenn und Aber für die Förderung von Familien ein.“

Im Gegensatz zu SPD-geführten Bundesländern stehe Bayern finanziell hervorragend da: Seit über zehn Jahren gibt es im Freistaat Haushalte ohne Neuverschuldung: „Bis 2030 soll der Freistaat komplett schuldenfrei sein: Bayern ist Vorbild für stabile Finanzen.“

Natürlich ging Otto Hünnerkopf auch auf die Nationalparkdiskussion ein: Er sprach sich für eine naturnahe Bewirtschaftung des Steigerwalds aus. „So bewahren wir ihn als wertvollen Ruhe- und Erholungsraum für die Menschen. Dies bedarf natürlich einer intensiven Zusammenarbeit von Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft. Dazu müssen auch neue Wege der Kooperation erschlossen werden.“ **DK**

60. Geburtstag von Arno Zengerle:

Visionär und Botschafter

Wildpoldsried – Innovativ – Richtungsweisend: Unter diesem Motto wird in der Allgäuer Gemeinde mit ihren rund 2.500 Einwohnern unter Einbindung der Bürger ein ökologisches Profil für den Ort erarbeitet, das sowohl bayernweit als auch international ausgezeichnet wurde. Mann des Erfolgs ist der seit 1996 amtierende Rathauschef Arno Zengerle, der am 1. April 60 Jahre alt wurde.

Bereits als Jugendlicher war Zengerle bei der Jungen Union politisch engagiert. Über die CSU kandidierte der Dipl. Verwaltungswirt (FH) im Jahr 1984 für den Gemeinderat Wildpoldsried, von 1990 bis 1996 fungierte er als Zweiter Bürgermeister der Gemeinde und ist seitdem auch im Kreistag Oberallgäu vertreten. Im Mai 1996 trat Zengerle das Amt des Bürgermeisters an, für das er von der CSU und den Freien Wählern nominiert wurde. Von 2001 bis 2011 war der Jubilar Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU Oberallgäu; zudem fungierte er als stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Energiewende der CSU. Außerdem ist der engagierte Politiker bei den regelmäßigen Sitzungen des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München gern gesehener Gast.

In Wildpoldsried hat die Energiewende schon Jahre vor der offiziellen politischen Energiewende begonnen. Bürger interessierten sich für Öko-Energie, 1999 wurde die erste Gesellschaft für die Errichtung von Bürgerwindrädern gegründet. Schritt für Schritt folgte der Aufbau einer beispiellosen Öko-Energieversorgung.

Als Verantwortlicher für die Energiestrategie und den Erfolg der Maßnahmen zur Energiewende entwickelte Zengerle die Vision des Energiedorfes Wildpoldsried. Das Energiekonzept der Gemeinde besteht aus drei Säulen: Regenerative Energieerzeugung und Energieeinsparung, maximaler Einsatz von Holz als ökologischer Baustoff und Schutz der

Wasservorkommen mit ökologischer Abwasserbeseitigung. Hinzu kommt ein Klimaschutz-Leitbild, das zum Ziel hat, bis zum Jahr 2020 Wildpoldsried zu 100 % aus regenerativen Energien zu versorgen.

Dabei legt die Gemeinde Wert auf regionale Wertschöpfung, Gemeinschaftsaktionen mit Bürgern, enge Zusammenarbeit mit den Vereinen, Arbeitskreisen und innovativen Firmen vor Ort sowie die regionale und überregionale Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Organisatio-



Bürgermeister Arno Zengerle. □

nen. Hinzu kommen ein Energiemanagement für alle Gebäude, Energiebildung für Kinder der 1. bis 4. Klasse und einmal im Jahr eine Energiewoche im Kindergarten, bei der die Kinder spielerisch an das Thema Energie herangeführt werden. Jüngste Maßnahme ist die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen.

Mehrere hundert Bürger haben in Windkraftanlagen investiert.



Mehr Tempo auf der Datenautobahn: In den Ortsteilen Deubach, Hochwang und Oxenbronn sowie in Teilen Ichenhausens inkl. Gewerbegebiet stehen jetzt Anschlüsse bis zu 50 MB pro Sekunde zur Verfügung. Das neue Glasfaser-Netz ist so leistungsstark, dass Telefonieren, Surfen und Fernsehen gleichzeitig möglich sind. Von diesen Vorteilen können rund 1.000 Haushalte profitieren. Das Projekt haben die Deutsche Telekom und LEW TelNet gemeinsam umgesetzt.

Unser Bild zeigt (v. l.) Thilo Kurtz (Telekom Technik), Anke Skalsky (Telekom Shop Günzburg), Bürgermeister Robert Strobel und Reinhard Wrchlavsky (LEW Leiter Breitband). Bild: LEW

Vereine installierten auf öffentlichen Gebäuden Photovoltaik-Anlagen und erhalten die jährlichen Erträge für ihre Jugendarbeit. Eine große Rolle im Energiekonzept der Gemeinde spielt auch die „Dorfheizung“ aus Biomasse, die über 40 Gebäudekomplexe mit Wärme versorgt. Dazu kommen Hackschnitzelheizungen und Erdwärmepumpen.

Beispiellose Öko-Energieversorgung

Jüngstes Projekt ist „IRENE“, das sich inhaltlich einer der wichtigsten Herausforderungen der Energiewende widmet. Das Teilnetz in Wildpoldsried eignet sich durch die vorhandene Infrastruktur hervorragend für weitere grundlegende Untersuchungen zum sicheren und stabilen Betrieb von Inselnetzen und topologischen Kraftwerken. Im Allgäuer Energiedorf ist die Erzeugung aus regenerativen Energien bereits heute fünfmal höher als der Eigenbedarf. Durch das zurückliegende Projekt IRENE (Integration regenerativer Energiesysteme und Elektromobilität), einem Gemeinschaftsprojekt von Siemens, dem Allgäuer Überlandwerk, der Universität Aachen und der Hochschule Kempten, wurde bis Ende 2013 ein intelligentes Netz mit entsprechender Messtechnik und

einem stationären Batteriespeicher aufgebaut. Damit wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, die für das Folgeprojekt sowohl unter wissenschaftlichen Aspekten als auch für praktische Erprobungen notwendig sind.

Zahlreiche Preise wie in jüngerer Zeit der European Energy Award in GOLD (2014) und die Würdigung als „Gestalter der Energiewende“ (2015) zeugen von Pilot- und Vorbildcharakter zahlreicher Projekte für die Umsetzung der Energiewende in einer ländlichen Gemeinde.

Wie Arno Zengerle berichtet, haben sich durch die innovative Stimmung in der Gemeinde auch neue Firmen entwickelt, wie z. B. die Sonnenbatterie GmbH als mittlerweile Marktführer in diesem Bereich. Inzwischen kommen durch die große Anzahl an bereits umgesetzten Projekten ganzjährig Besuchergruppen und Bildungseinrichtungen aus Australien, USA, China oder Brasilien zu Exkursionen nach Wildpoldsried.

„Unsere Pilotprojekte wurden zwischenzeitlich vielfach kopiert, weil sie sowohl ökologisch als auch ökonomisch Vorteile für andere Gemeinden aber auch Privatpersonen und Firmen bringen und somit übertragbar und nachhaltig sind“, betont der Jubilar mit berechtigtem Stolz. **DK**

Landkreis Regensburg:

Erfolg hat drei Buchstaben: TUN!

Unter dem Motto „Gemeinsam geht's besser“ hat der Landkreis Regensburg Anfang April 2016 den Startschuss zur Erstellung des Aktionsplans Inklusion und Demographie gegeben. Insgesamt beteiligten sich über 200 Menschen mit und ohne Behinderung an diesem Entwicklungsprozess. Unter dem Motto „Erfolg hat drei Buchstaben: TUN!“ hat Landrätin Tanja Schweiger nun den Aktionsplan vorgestellt und zusammen mit Bayerns Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger das über 250 Seiten dicke Gebot an wichtige Umsetzungspartner aus der Region übergeben.

„Der Aktionsplan Inklusion soll kein imposantes Druckwerk sein, das in der Schublade verstaubt. Mit Übergabe des Aktionsplans Inklusion und Demographie wird ein Zeichen der Verbindlichkeit gesetzt. Nicht alle Maßnahmen können sofort umgesetzt werden, denn Inklusion ist ein Prozess, der Aktionsplan ein Fahrplan für die nächsten Jahre. Ein herzliches Vergelt's Gott an alle, die bisher mit ihrem Fachwissen und ihrem Engagement unseren Aktionsplan mit Leben gefüllt haben und schon jetzt vielen Dank an alle Partner, die uns dabei helfen, den Alltag von Menschen mit Handicap in Zukunft einfacher zu gestalten“, so Landrätin Tanja Schweiger.

Sozialstaatssekretär Hintersberger betonte bei der Übergabe: „Eine inklusive Gesellschaft, an der Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen teilhaben können, in der sie ganz selbstverständlich zusammen arbeiten, leben, ihre Freizeit verbringen – das ist unser Ziel. Der Aktionsplan Inklusion hilft, diesem Ziel Stück für Stück näher zu kommen.“

Definierte Handlungsfelder während des Entwicklungsprozesses waren „Barrierefreies Bauen und Wohnen“, „Arbeit und Beschäftigung“, „Mobilität und Barrierefreiheit im öffent-

chen Raum“, „Freizeit, Kultur und Sport“, „Politische Teilhabe, Beratung und Information“ sowie „Schule und frühkindliche Bildung“.

In 19 Workshops haben interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vertreter von Vereinen und Einrichtungen aus der Behindertenszene, Bürgermeister, ehrenamtlich Engagierte sowie Firmen- und Behördenvertreter insgesamt 106 Maßnahmen erarbeitet, damit Inklusion im Landkreis zukünftig noch besser gelingen kann. Zudem wurden in einer breit angelegten Befragung die Belange von Menschen mit Behinderung erhoben. Das BASIS-Institut, das schon mehrere Aktionspläne erstellt hat, begleitete das Projekt fachlich und wissenschaftlich.

Der für den Landkreis Regensburg bedarfsgerechte Umsetzungsplan soll kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden. 70 Maßnahmen fallen in den Verantwortungsbereich des Landkreises, 36 liegen im Verantwortungsbereich von 30 Umsetzungspartnern. Zu den Maßnahmen, die der Landkreis kurzfristig umsetzen wird, gehört zum Beispiel die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung im Regensburger Landratsamt. Diese soll bedarfsgerecht und bürgernah beraten und unterstützen. □

Erlenbach am Main:

Berninger bleibt Rathauschef

Mit 65,1 Prozent der Stimmen ist der seit 18 Jahren amtierende Rathauschef Michael Berninger von der CSU bei der Bürgermeisterwahl in Erlenbach am Main im Amt bestätigt worden. Der 60-Jährige setzte sich gegen seinen Kontrahenten Werner Hillerich von der SPD durch, der 34,9 Prozent auf sich vereinen konnte. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 55 Prozent. **DK**

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 21. April 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Out-Sourcing · Facility Management
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
 Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
 Telefon 081 71.93 07-13
 hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
 • Fahnen
 • Maste
 • Roll-Ups
 • Bekleidung
 • und vieles mehr

www.fahnen-koessinger.de
 Telefon: 09451 / 9313-0

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE GemeindeZEITUNG
 www.gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
 P. HENKEL Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
 HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
 Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
 E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Gewerbebau

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Laumer BAUTECHNIK
 Laumer Bautechnik GmbH
 Bahnhofstr. 8
 84323 Massing
 Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
 Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
 www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
 Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de